

#Sozialer #Fortschritt

Magazin der SPD-Fraktion im Landtag NRW

2/2020



**Ein Appell für
das Wesentliche**

Von Thomas Kutschatj

**Über ein Jahr
ohne Einkünfte**

Schausteller NRW

**Für Bildungsgerechtigkeit
und Gesundheitsschutz**

NRW-Schulgipfel

Inhalt

0 2
2 0 2 0



4

- 4 #SozialerFortschritt**
Für das Wesentliche
Ein Appell von Thomas Kutschat

- 8 #DuBistEsWert**
**Lebensqualität sichern,
Dienstleistungen wertschätzen**
Der Arbeitsbegriff im Wandel

- 10 Digitale Transformation**
Eine Enquetekommission hat zwei Jahre lang über die digitale Transformation der Arbeitswelt diskutiert

- 11 Pflege in Deutschland**
Unser Kampf für faire Arbeitsbedingungen

- 12 Ein Jahr ohne Einkünfte geht an die Substanz**
Das harte Los der Schausteller während Corona

- 14 Eine Pandemie zu bewältigen,
ist eine Teamleistung**
Wie Systemrelevanz bei jenen diskutiert wird, die systemrelevant sind



12



14

- 16 #ZusammenWachsen**
**Corona darf nicht das Ende
des Studiums bedeuten**
Yannik Düringer berichtet von den Herausforderungen für Studierende

- 18 Corona-Eltern**
Elternsein in Zeiten von Corona ist eine schwere Aufgabe

- 20 NRW-Schulgipfel**
Recht auf Bildung und Gesundheitsschutz gehen Hand in Hand

- 22 Statements zur Schulpolitik**
Ohne Digitalisierungsstrategie und Schulsozialarbeit geht es nicht

- 24 Digitale Bildung**
Lehrerin Nina Toller sieht die Chancen

- 25 Im ständigen Dialog – für ein
lebenswertes NRW für alle Familien**



20

- 26 #FairGehtMehr**
Kein Bock auf Frontenbildung
Wolfgang Wendland zum gesellschaftlichen Beitrag von Kunst und Kultur

- 30 Lebensmittelpunkt Innenstadt**
Sarah Philipp über die Städtebauförderung

- 32 Automobilindustrie**
Perspektivwechsel: die Herausforderungen der Automobilbranche

- 34 Aktuelles**
**Der Masterplan gegen Rechts
ist aktueller denn je**

- 35 NRW braucht einen Impf-Fahrplan**
Impressum



26



30



32

Für das Wesentliche

In Rekordzeit wurden Impfstoffe gegen Corona entwickelt. Die Hoffnungen sind groß, dass wir die Krankheit besiegen können. Damit aber auch der soziale Neustart gelingen kann, muss der Schalter in der NRW-Landespolitik endlich umgelegt werden.

Ein Appell von Thomas Kutschaty
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Es ist heute bizarr. Es war damals bizarr. Es wird zukünftig vielleicht noch bizarrer wirken. Zum vergangenen Jahreswechsel wurde sich in Nordrhein-Westfalen kräftig über eine neue WDR-Interpretation des über Jahrzehnte schon frechen Kinderliedes „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ aufgeregt.

Der Ministerpräsident sieht in der mehr oder minder witzigen Satire direkt eine generelle Instrumentalisierung von Kindern und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Ein antidemokratischer Mob wütet schließlich vor der Sendezentrale des WDR und bedroht willkürlich anwesende Journalisten. Währenddessen bahnt sich das Virus Covid-19 unbemerkt den Weg nach Europa und NRW.

Wie wäre das Jahr wohl verlaufen, wenn Öffentlichkeit und Politik schon frühzeitig die deutlichen Anzeichen der Pandemie erkannt und sich damals besser gewappnet hätten?

Noch Ende Januar schätzt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann die Gefahr des Virus so ein: „Wir sind weit von einer Katastrophe entfernt und wir dürfen durchaus eine Art Gelassenheit haben.“ Nur einen Monat später muss er auf einer Pressekonferenz in Gangelt, wo nach einer Karnevalsfeier mehrere Menschen am Virus erkrankten, eingestehen: „Wir können nicht garantieren, dass wir die Infektionsketten gestoppt kriegen.“ Es sollte sich wie ein roter Faden durch das Jahr ziehen: Die Wirklichkeit holt diese Regierung immer wieder schnell ein.

Einen Tag nach Laumanns Eingeständnis halte ich eine Pressekonferenz ab. Es geht eigentlich um unseren Masterplan Rechtsextremismus. Nur wenige Tage zuvor hatte in Hanau ein rechtsextremistischer Attentäter zehn Menschen ermordet. Ich stelle unseren Plan von mehr als 50 Maßnahmen vor, damit solche bestialischen Taten besser verhindert werden können. Die Pressekonferenz startet bedrückend, sie endet bedrückend. Denn eine Journalistin der Rheinischen Post stellt noch die Frage, ob die Politik dieses neue Corona-Virus bereits im Griff habe. Allen im Raum ist die Antwort klar.

In den folgenden Monaten müssen Deutschland und NRW den Härtetest bestehen. Vor allem die vielen Verantwortlichen in den Kommunen und Millionen Beschäftigte zeigen, wie man in kürzester Zeit wirkliche Solidarität organisiert. Sie sorgen dafür, dass trotz plötzlicher Entbehrungen unser Land vergleichsweise glimpflich durch die erste Welle kommt – was die nackten Krankheitszahlen betrifft.

Denn gleichzeitig deckt die Pandemie bestehende soziale Missstände schonungslos auf. Pflegekräfte oder Beschäftigte des Einzelhandels beklagen völlig zurecht, dass sie während der Krise auf Balkonen und in Parlamenten zwar Applaus erhalten, ansonsten aber wenig bis nichts. Menschen bangen, ob sie ihre Miete bezahlen können, die Politik sorgt schnell dafür,

dass Leute mit Zahlungsschwierigkeiten in dieser schwierigen Zeit nicht aus der Wohnung geworfen werden – Kleidungskonzerne missbrauchen diese Regelung, um die Lokalieten zu drücken. In den Kitas und Schulen sorgt die Landesregierung mit willkürlichen Wochenend-Entscheidungen nicht nur am folgenden Montag für Chaos. Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit bekommt sie zu keiner Zeit unter einen Hut.

»
Es war kein gutes Jahr. Zeit für einen Neustart. Zeit, dass das Wesentliche auch wieder im politischen NRW zählt.
«

Der Ministerpräsident sagt zu Beginn der ersten Welle, es gehe „um Leben und Tod“, sitzt zur Wellenmitte die Pandemiebekämpfung aber faktisch aus und widmet sich dann mit dem ersten Abflachen der Infektionszahlen auf allen Kanälen dem parteipolitischen Kampf gegen Röttgen, Söder und Merz. Während andere verzichten, tourt er durch Europa, zum Papst, in volle Stadien.

Das Amt wird zur Werbefläche, jegliche Kritik an seinem Nichtstun in der Infektionsprävention kanzelt er als parteipolitische Spielerei ab. Dabei sagen uns bereits im August die Beschäftigten aus Krankenhäusern, dass die zweite Welle beginnt. Diese Welle trifft Nordrhein-Westfalen zum Ende des Jahres ungleich härter. Das hätte so nicht geschehen müssen und dürfen.

Es war kein gutes Jahr. Zeit für einen Neustart. Zeit, dass das Wesentliche auch wieder im politischen NRW zählt. »



Ich habe große Hoffnung in unser Bundesland und dass die kommenden Jahre besser werden. Schon jetzt werden Testmöglichkeiten immer ausgereifter und die neuen Impfstoffe bald in der Fläche verteilt. Die Rückkehr in den Alltag steht damit an. Doch natürlich braucht es mehr, um neben der Pandemie auch ihre Folgen zu besiegen.

Auch da bin ich zuversichtlich. Ich habe viele Leute kennenlernen dürfen, die in der Krise unsere Gesellschaft am Laufen gehalten haben. Zum Beispiel der Verein „Frauen helfen Frauen“ aus Marl, bei dem ich zu Besuch war.

Er bietet in Zeiten steigender Dunkelziffern häuslicher Gewalt zusätzliche Sicherheit. Aber auch Gewerkschaften und Betriebsräte tragen dazu bei, dass die Gesellschaft weiter funktioniert: Sie kämpfen vor Ort wie die Löwen um Arbeitsplätze – nicht zuletzt für die Zukunft im Einzelhandel und der Stahlbranche. Oder diejenigen, die täglich für unsere Wald- und Wasserversorgung arbeiten. Sie kämpfen für etwas mehr Zeit, die wir zum Umstieg auf wirklich innovatives und nachhaltiges Wirtschaften brauchen und nutzen müssen.

Es ist das tagtägliche Tun der Nordrhein-Westfalen, von denen wir zigtausendfach lernen, wie der soziale Neustart gelingt. Ein satirisches Kinderchorlied im Radio ist für sie eine Randerscheinung. Sie zeigen uns, was das Wesentliche sein muss.

Lasst uns für sie das Aufstiegsversprechen in NRW erneuern. Nicht Geldbeutel oder die Herkunft der Eltern sollen darüber entscheiden, wer in dieser Gesellschaft etwas werden kann. Unsere Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten müssen die besten sein, und das beinhaltet, dass jedes Kind, jeder junge Mensch das bekommt, damit sie oder er alles aus ihrem oder seinem Leben machen kann. Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sind eben kein Gedöns, wie ein ehemaliger Kanzler es gemeint haben soll. Denn es sind vor allem Frauen in schlecht bezahlten Jobs, die Zusammenhalt und sozialen Fortschritt möglich machen – der Aufstieg muss für sie stärker möglich sein als bislang.

Zur Erneuerung des Aufstiegsversprechens gehört auch: Wer scheitert, wird nicht abgeschrieben. Wer weiß, wie man große Herausforderungen und Krisen

erfolgreich bewältigt, bringt alle weiter. Eine solidarische Gesellschaft ist deshalb stärker als eine, in der die Einzelnen nur nach dem egoistischen Nutzen streiten. Um dieses Aufstiegsversprechen zu ermöglichen, braucht es jetzt ein politisches Aufbruchsignal. Für mehr Respekt. Für mehr Wertschätzung. Für die Anerkennung der Arbeit der tatsächlichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger. Sichere Arbeitsverhältnisse, gute Bezahlung, faire Arbeitszeiten, Sicherung im Alter oder im Krankheitsfall – auch dafür gibt die Regierung Laschet keinen Spielraum. Es ist unsere Aufgabe, diesen Zustand gemeinsam zu verändern.

▶▶
Lasst uns für sie das Aufstiegsversprechen in NRW erneuern. Nicht Geldbeutel oder die Herkunft der Eltern sollen darüber entscheiden, wer in dieser Gesellschaft etwas werden kann.
 ◀◀

Lassen wir also diejenigen, die im Alltag besonders betroffen und in ihren Bereichen Expertinnen und Experten für den sozialen Neustart sind, noch stärker zu Wort kommen. Denn unsere Initiativen im Landtag sollen den Alltag der Menschen in NRW besser machen. Auf den kommenden Seiten bringen wir Alltagsperspektive und unsere Arbeit im Parlament zusammen.

Viel Freude bei der Lektüre,

Thomas Kutschaty



▶▶ Als es noch möglich war, haben wir mit mehr als 600 Personen über die wichtigsten Fragen des sozialen Fortschritts diskutiert. Viele der Ideen unserer „Für die Vielen-Konferenz“ im Februar erlangten während der Krise schnell neue Aktualitäten und Relevanzen. Wir haben sie im Juni eingebracht mit dem Antrag „NRW setzt jetzt auf einen sozialen Neustart für die Vielen.“ ◀◀





Lebensqualität sichern, Dienstleistungen wertschätzen

Der Arbeitsbegriff wandelt sich und muss immer wieder neu besetzt werden. Für die SPD im Landtag NRW bedeutet das, immer wieder zu hinterfragen, mit welchen Initiativen sie Politik aus der Sicht von und für die Beschäftigten gestalten kann. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty plädiert dafür, besonders für den Bereich der Dienstleistungen neue Leitlinien zu entwerfen. Darauf wird es im kommenden Jahr ankommen.

Wer Arbeit immer wieder neu betrachtet, kommt an Dienstleistungen nicht vorbei. In diesem Arbeitssektor gestalten sieben Millionen Menschen in NRW – etwa 75 Prozent der Beschäftigten – jeden Tag unser aller Zusammenleben.

Ob im Handel, im Krankenhaus, in Arztpraxen, in Büros, im Bus, im LKW, in den Schulen und Kitas, im Einzelhandel, in der Gastronomie, in den Ämtern oder bei der Polizei – diese

Menschen erarbeiten jeden Tag Lebensqualität. Lebensqualität für uns alle. Also darf auch ihre Lebensqualität nicht darunter leiden.

Diese Arbeit verdient mehr als nur Applaus. Eine wirkliche Wertschätzung für Dienstleistungsberufe setzt politische Akzente.

DIGITALE TRANSFORMATION:



Eine humane, sozial ausgewogene und zukunftsfähige Gestaltung der Arbeitswelt nutzt die Potenziale der Digitalisierung, um monotone und körperlich belastende Tätigkeiten deutlich zu reduzieren. Dies führt dazu, dass die Menschen im Arbeitsprozess mehr Wertschätzung erfahren, bessere Arbeitsbedingungen haben und länger gesund bleiben.

GUTE ARBEIT ERFORDERT EINEN ORDNUNGSPOLITISCHEN RAHMEN UND HAT KEINE GRENZENLOSEN ARBEITSZEITEN



Ungeregelte Arbeitsverhältnisse sind im Dienstleistungssektor zu stark verbreitet. Es braucht eine Stärkung der Tarifpartnerschaften und der betrieblichen Mitbestimmung, einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, mehr Kontrollen zur Einhaltung von Mindestlöhnen, eine Regulierung der Scheinselbstständigkeit.

CHANCEN UND GLEICHSTELLUNG:



Gerade in der sozialen Dienstleistung werden Frauen bei gleichwertiger Arbeit häufig sehr viel schlechter bezahlt als Männer – bis zu 50 Prozent! Es braucht fairere Gehaltsstrukturen und Karrierechancen unabhängig von Geschlecht oder Herkunft.

BEZAHLBARES WOHNEN, LEBENSWERTE NACHBARSCHAFT UND ATTRAKTIVER ÖPNV:



Dienstleistungsberufe prägen vor allem den Alltag in den Zentren unserer Kommunen. Das heißt: Bezahlbare Mieten, eine lebenswerte Nachbarschaft und ein gutes ÖPNV-Angebot sind für sie eine absolute Notwendigkeit.

Es braucht den sozialen Fortschritt, um den technologischen Fortschritt möglich zu machen.

Mit einer progressiven Politik für gute Arbeit in der Dienstleistung setzen wir hierfür den Rahmen. Deshalb erarbeiten wir dafür neue sozialdemokratische Leitlinien – gemeinsam für den Aufbruch in NRW.



THOMAS KUTSCHATY
Fraktionsvorsitzender

Enquete

„Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“

Technische Entwicklungen und neue Geschäftsmodelle bringen ständige Veränderungen für Erwerbstätige und Unternehmen mit sich. Arbeitsplätze und komplette Berufsbilder gehen verloren – während an anderer Stelle dank der technischen Möglichkeiten neue entstehen. Die große gesellschaftliche Aufgabe besteht darin, den durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungsprozess zu gestalten. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Risiken weitgehend zu reduzieren.

Welche sind die Chancen und Risiken dieses Wandels? Wie können Erwerbstätige die Veränderungen ihrer beruflichen Aufgaben mitgestalten? Und wie können Unternehmen die wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen?

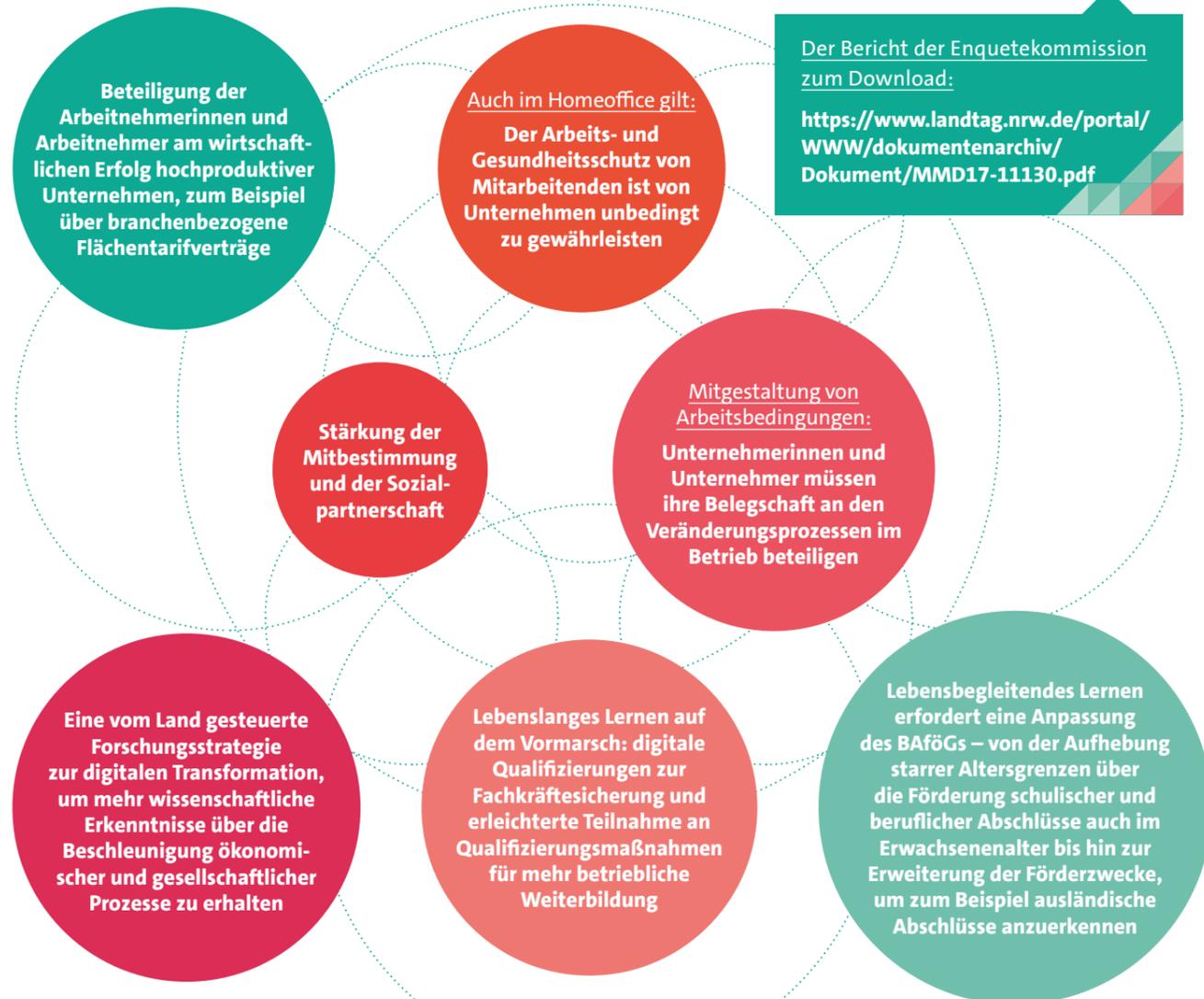
Um Antworten zu finden, hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen auf unsere Initiative hin die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt. Nach rund zwei Jahren Mitarbeit sind uns diese Resultate besonders wichtig.

Was macht eine Enquetekommission?

Eine vom Landtag eingesetzte, überfraktionelle Kommission beschäftigt sich mit Themen von besonderem Interesse und erarbeitet Vorschläge, die in künftige Entscheidungen des Parlaments einfließen sollen.

Der Bericht der Enquetekommission zum Download:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-11130.pdf>



Pflege in Deutschland



Gemeldete sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen in der Altenpflege sind im Bundesdurchschnitt

205

Tage nicht besetzt, in der Gesundheits- und Krankenpflege 174 Tage.

Die Verweildauer im Beruf beläuft sich in der Altenpflege auf durchschnittlich

8,4 Jahre und

in der Krankenpflege auf durchschnittlich

7,5 Jahre.



1.120.000

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten in der Berufsgruppe „Gesundheits- und Krankenpflege“.

619.000

sozialversicherungspflichtige Beschäftigte arbeiten in der Berufsgruppe „Altenpflege“.

3.414.000

Es gibt 3.414.000 Pflegebedürftige in Deutschland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 31. Dezember 2019; statista, Stand: Dezember 2019

Unser Kampf für faire Arbeitsbedingungen in der Pflege

„Corona-Pandemie“ ist gerade zum Wort des Jahres gewählt worden. Aus meiner Sicht hätte es das Wort „systemrelevant“ eher verdient. Im Frühjahr wurde deutlich, wer unser System maßgeblich am Laufen hält, Lehrerinnen, Erzieher, Kassierer, Ärztinnen und Pflegerinnen. Insbesondere bei Pflegekräften ist es allgemein bekannt, dass wir schon lange einen massiven Fachkräftemangel haben. Das liegt besonders an der oft schlechten Bezahlung bei gleichzeitig hoher Belastung und Verantwortung. Weil wir das ändern wollen und müssen, haben wir bereits 2018 einen Antrag für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege gestellt. Für uns ist schon lange klar: Pflegeberufe müssen wieder attraktiv werden. 2019 haben wir unsere Forderungen im Landtag NRW noch erweitert und einen weiteren Antrag zur Entlastung von Pflegenden gestellt. Im Frühjahr 2020 hatte ich dann endlich erstmals den Eindruck, dass das Wissen um die Wichtigkeit

der Pflegeberufe und die prekären Arbeitsbedingungen zu einer breiten Bereitschaft für Veränderung in der Gesellschaft geführt hat. Wir wollten diesen Zeitgeist nutzen und haben im März einen Antrag zur Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege und dann im Mai noch mal einen Antrag zur Stärkung der Situation in der häuslichen Pflege ins Plenum eingebracht. Im Juni gab es dann unseren umfassenden Antrag für den sozialen Neustart in NRW, denn für uns war klar: Ein Weiter so kann es nicht geben. Und auch wenn wir Schlag auf Schlag gehandelt haben, hat die Landesregierung alle unsere Vorschläge abgeschmettert. Was mich dabei besonders frustriert: Im Landtag NRW, im Bundestag und auch in vielen anderen Landtagen wurde den Pflegekräften stehend applaudiert. Wenn es dann aber an die reale Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht, verstummt der Applaus sehr schnell. Klatschen alleine reicht nicht. Die

SPD-Fraktion im Landtag NRW setzt sich deshalb auch weiter für faire Arbeitsbedingungen von Pflegerinnen und Pflegern ein.



Lisa Kapteinat
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Unser Antrag „Attraktivität der Pflegeberufe stärken“

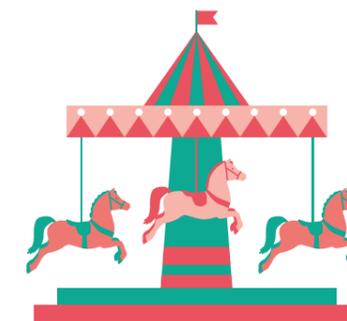
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-8784.pdf>

Ein Jahr ohne Einkünfte geht an die Substanz

Die Corona-Pandemie bringt für die Schausteller erhebliche Einschränkungen mit sich. Doch damit nicht genug: In diesem Jahr geht es für sie schlicht um die Existenz. Bereits im Frühjahr sagten Städte und Gemeinden Feste ab, im Sommer fielen die Rheinkirmes in Düsseldorf, die Cranger Kirmes in Herne, die Sterkrader Fronleichnamskirmes in Oberhausen und viele weitere Volksfeste den Corona-Schutzmaßnahmen zum Opfer. Die Einnahmen aus den Weihnachtsmärkten waren ein Stück weit der letzte Strohalm, an den sie sich noch klammern konnten. Der erneute Lockdown macht nun auch diese Hoffnung zunichte.

Alleine in Nordrhein-Westfalen gibt es 5.500 Schaustellerbetriebe, die rund 50.000 Menschen Arbeit bieten. Die meisten von ihnen sind Familienunternehmen wie

der Betrieb von Johann „Hansi“ Luxem. Mit seinen Pizzaständen kann sein Schaustellerbetrieb an zwei Standorten zur gleichen Zeit vertreten sein. Dann ist die ganze Familie im Einsatz: Mit seiner Frau, seiner Tochter und seiner Mutter arbeiten mehrere Generationen Hand in Hand. Ein umfassender Gesundheitsschutz ist daher sein ureigenstes Interesse. Ihm liegen aber auch die Gesundheit und die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher sowie der zusätzlichen Saisonkräfte am Herzen, so Hansi Luxem. Von den Saisonkräften sind in der Hochphase vor Weihnachten bis zu zehn bei den Luxems beschäftigt. Auch für sie bricht die Lebensgrundlage weg, wenn alles still steht. Bei aller notwendigen Vorsicht aufgrund der Ansteckungsgefahr zeigt Hansi Luxem im Gespräch die Widersprüche auf: Wieso haben Imbissbuden auf Wochenmärkten nach wie vor geöffnet? Wieso gab es



in den ursprünglichen Plänen zu Weihnachtsmärkten die Verpflichtung zur Registrierung der Besucherinnen und Besucher, während die Menschen das Kaufhaus nebenan betreten können, ohne ihre persönlichen Daten anzugeben? Diese ungleiche Behandlung erschließe sich ihm nicht.

Dabei gäbe es Lösungen: Die Schaustellerbetriebe wünschten sich die Möglichkeit, gemäß der Corona-Regeln Speisen zu verkaufen. Die Schutzverordnung sieht vor, dass die Gastronomen die „Belieferung mit Speisen“ und den „Außer-Haus-Verkauf von Speisen“ fortführen können, sofern die Mindestabstände eingehalten und Hygieneanforderungen berücksichtigt werden. Auch Schausteller können ihre Esswaren ausschließlich zum Mitnehmen anbieten. Die dafür notwendigen Hygienevoraussetzungen haben sie bereits im Sommer geschaffen. Die ursprünglich geplanten Insellösungen als Standorte für Schausteller-Buden in der Vorweihnachtszeit befürwortet Hansi Luxem. Durch die entzerrte und in den Innenstadtgebieten verteilte Präsenz sei die Einhaltung von Abstandsregelungen kein Problem gewesen. Er ist überzeugt: Die Schaustellenden können eine Partymeile vermeiden. Deswegen haben sie eine Gleichbehandlung der Weihnachtsmärkte mit dem stehenden Gewerbe gefordert, also den Imbissbuden und ähnlichen Verköstigungsstationen. Leider ohne Erfolg.

So lange Hansi Luxems Pizzeria kalt bleibt, die Fahrgeschäfte anderer Schausteller eingelagert

sind und keine Waren und Lebensmittel eingekauft werden, entstehen auch keine Kosten – so die Meinung vieler. Das ist falsch. Auch wenn die Branche nicht auf Weihnachtsmärkten oder auf Volksfesten steht, laufen die Kosten weiter: Sie zahlen Pacht für die Grundstücke, auf denen ihre Schaustellergeschäfte stehen. Sie zahlen Steuern und Versicherungen für ihre Fahrzeuge und auch die eine oder andere Reparatur fällt an, damit alles in Schuss bleibt. Die Familien bauen ihre komplette Existenz darauf, dass sie unterwegs sind. Jetzt sind sie wirtschaftlich fast am Ende.

Die Überbrückungshilfen sind leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aus Sicht der Branche ist eine Überarbeitung dringend erforderlich – nicht zuletzt aufgrund der Dauer, für die sie gewährt wird. Denn: Das Schaustellergeschäft ist nicht nur im November betroffen, sondern steht im Grunde das ganze Jahr 2020 komplett still. Investitionen in neue Fahrzeuge zum Beispiel sichern sie mit ihrem Hab und Gut ab. Darlehensraten sind jedoch von der Überbrückungshilfe nicht abgegolten. Die Bürokratie hinter den Überbrückungshilfen ist ein zusätzliches Hemmnis, müssen dafür doch extra Steuerberater beauftragt werden. Diesen Mehraufwand wiederum finanziert niemand. Er sei froh darüber, dass die SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen an der Seite der Schaustellenden kämpfe und sich für die finanzielle Sicherheit der Branche einsetze, so Luxem. Steter Tropfen höhlt den Stein! Hoffentlich halten die Familien so lange durch.

„Die Veranstaltungsbranche und insbesondere die Schausteller befinden sich in existenziellen Nöten. Bereits seit April machen wir in Debatten und Anträgen darauf aufmerksam, dass die Schausteller seit den Weihnachtsmärkten 2019 ohne Einnahmen sind. Die Kosten aber bleiben! Die Schausteller brauchen dringend direkte Hilfen, sonst droht die Branche – und somit eine lange Tradition – die Pandemie nicht zu überstehen. Landesregierung und CDU/FDP müssen endlich ihre Blockadepolitik aufgeben. Von schönen Worten ist noch keine Schaustellerfamilie ernährt worden – Hilfen müssen her, für die wir uns weiterhin einsetzen werden, damit sich das Karussell auch nach Corona noch dreht.“



Rainer Schmelzer
Mitglied der SPD-Fraktion
im Landtag NRW



Johann „Hansi“ Luxem ist zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schaustellerverbände in Nordrhein-Westfalen und lebt mit seiner Familie im Kreis Heinsberg. Wir haben uns mit ihm zum Gespräch getroffen.

Unser Antrag: „Überbrückungshilfen für Schausteller, Marktstandbetreiber und die Veranstaltungsbranche“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9944.pdf>

► Eine Pandemie zu bewältigen, ist eine Teamleistung ◀

Wie Systemrelevanz bei jenen diskutiert wird, die systemrelevant sind

Systemrelevante Gruppen oder Helden des Alltags, so hat man sie genannt: Die Alten- und Krankenpflegerinnen und -pfleger, die Polizisten und Polizistinnen, die Verkäuferinnen und Verkäufer an den Supermarktkassen. Corona kann nur durch die vielen hart arbeitenden Beschäftigten besiegt werden. Doch sie finden in der Krise immer noch kein Gehör. Das kann nicht sein.

Ralph Schmidt, 33 Jahre alt, ist Berufskraftfahrer bei einer Firma in Bochum. In seinem Beruf sorgt er für den notwendigen Nachschub an Mehl, Hefe und anderen Rohstoffen für die Bäckereien und Konditoreien in Nordrhein-Westfalen. Mit ihm haben wir über „Systemrelevanz“ gesprochen und zu klären versucht, womit er und seine Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden können.

Das Klischee des Berufskraftfahrers – sitzen den ganzen Tag in ihrem LKW und fahren hin und her. Wieviel Wahrheit steckt darin?

Naja, ein bisschen mehr ist es schon. Natürlich sitzt man viel auf dem Allerwertesten und fährt mit seinem LKW durch die Gegend. Jemand muss aber auch die Ware auf- und wieder abladen.

Wie bist Du zu diesem Beruf gekommen?

Über Umwege. Ich bin gelernter Bäcker und habe 2012 meine Umschulung zum Berufskraftfahrer gemacht, da ich mit meinem Gehalt als Bäcker nicht zufrieden war.

Die Corona-Pandemie hat den Begriff „systemrelevant“ sehr geprägt. Was sagst Du dazu? Siehst Du Dich und Deine Berufsgruppe als Teil dieser Gruppe?

Ohne überheblich klingen zu wollen: absolut! Natürlich gebührt der Dank den Pflegekräften, Verkäuferinnen, Ver-

käufern und allen anderen an vorderster Front, aber ohne uns Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer würden auch sie weiterhin vor leeren Toilettenpapierregalen stehen. So eine Pandemie zu bewältigen, ist eine Teamleistung und nicht das Werk von einzelnen Managern oder Politikern.

Hat diese Krise viel in Deinem Beruf, in Deinem Leben verändert?

Ehrlich gesagt nicht. Zumindest nicht mehr als bei allen anderen auch. Wir müssen Masken tragen, Abstand halten und noch mehr Wert auf Hygiene legen als sonst. Ich habe aber das Glück, dass die Firma am Standort in Bochum bisher keine Kurzarbeit anmelden musste. Das ist aber absolut nicht der Regelfall, sondern eine Ausnahme, da viele meiner ehemaligen Kollegen in Kurzarbeit sind oder gar ihren Job verloren haben.

Du würdest also behaupten, dass Du Glück im Unglück hattest?

Definitiv. Meine Firma bezahlt die Mitarbeitenden gut, es gibt geregelte Arbeitszeiten, kaum Überstunden und einen Betriebsrat. Dieser hat, gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di, für den Einsatz von Tarifverträgen gekämpft. Ich kann auch nur jedem wärmstens empfehlen: Wenn man unzufrieden mit seinen Arbeitsbedingungen ist, tretet einer Gewerkschaft bei oder gründet einen beziehungsweise engagiert euch im Betriebsrat.

Schon einmal darüber nachgedacht, Dich politisch zu engagieren und Dich in der Politik für deine Berufsgruppe stark zu machen?

Ich gehe wählen, weil ich es als meine Pflicht ansehe und mich nachher wenigstens über Politik, die mir nicht passt, aufregen kann. Daran, einer Partei beizutreten und

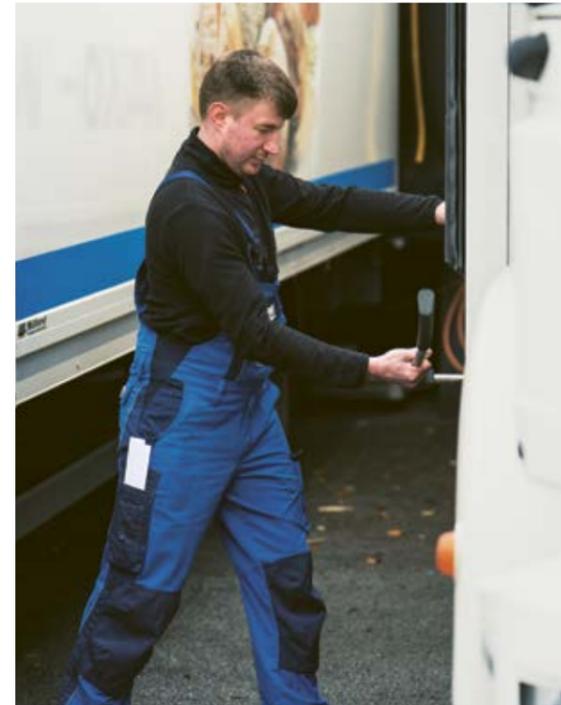
Das sagt ver.di

Arbeiten im Krisenmodus

Schon vor der Corona-Krise standen Überstunden, enge Zeitfenster und volle Parkplätze auf der Tagesordnung der Beschäftigten, die beruflich Lkw fahren. Mit der Krise hat sich die Situation für viele deutlich verschärft – und andere wiederum aufs heimische Sofa gezwungen: Während Mitarbeitende von Paketdiensten alle Hände voll zu tun hatten, gingen Beschäftigte, die bisher Güter für die Industrie transportiert haben, in Kurzarbeit.

Für diejenigen, die weiterhin auf der Straße unterwegs waren, hat Corona zu erheblichen Einschränkungen geführt: Die Toiletten an den Logistik-Zentren waren für die Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer geschlossen, die Raststätten an den Autobahnen ebenfalls. Das machte auch die Versorgung mit Essen praktisch unmöglich. Später öffneten zwar die sanitären Anlagen an den Autobahnraststätten wieder – was jedoch zu unzumutbaren Zuständen führte: Es stand kein Reinigungspersonal zur Verfügung, was die Hygiene problematisch machte. Wir von ver.di haben uns bei den Betriebsräten von Logistikbetrieben dafür eingesetzt, dass diese mit ihren Unternehmensführungen die Öffnung für Fahrerinnen und Fahrer diskutieren. Es brauchte schnelle und praktische Lösungen und nicht nur schöne Worte der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Unsere Forderung für die Transportbranche: Die Arbeitsbedingungen müssen sich zwingend verbessern! Die Fahrerinnen und Fahrer waren die Heldinnen und Helden der Krise, ihre Leistung wird als systemrelevant anerkannt und als überaus wichtig für die Gesellschaft wahrgenommen. Die Interessen der Kolleginnen und Kollegen dürfen auch dann nicht in Vergessenheit geraten, wenn sich die Situation wieder normalisiert hat. Dafür machen wir uns stark. Wertschätzung spiegelt sich auch in guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen wider. Es ist gut, wenn die SPD im Landtag NRW sich dafür einsetzt.

Uwe Speckenwirth,
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft



Vom Bäcker zum Berufskraftfahrer: Ralph Schmidt ist mit seinen Arbeitsbedingungen zufrieden und sieht seine Berufsgruppe in der Pandemie als systemrelevant an.

mich politisch zu engagieren als Kommunalpolitiker oder so, hab ich noch nicht gedacht, kann ich mir auch nicht wirklich vorstellen.

Dann hast Du jetzt zumindest die Möglichkeit, einen Wunsch zu äußern. An uns oder an die Politik generell...

Löst im Parlament Eure Versprechen ein. Ich wähle Positionen und Ideen, die vertreten werden, nicht weichgewaschene Koalitionsverträge, in denen ich nicht mehr viel von dem wiedererkenne, was ich vorher im Wahlprogramm gelesen und gewählt habe. Das gilt natürlich nicht nur in Bezug auf meine Berufsgruppe, sondern eher generell. Mit Bezug zu meinem Beruf würde ich sagen, dass in einer zweiten oder dritten Welle dieses Virus auch mal klar werden könnte, dass auch noch andere Menschen systemrelevant sind. Klatschen hilft nicht, Geld hilft auch nur begrenzt. Kümmert euch um gleiche, angemessene Arbeitsbedingungen für alle, gerechte Löhne und weniger Druck, den wir und unsere Chefs durch die niedrigen Preise aus anderen Ländern bekommen.

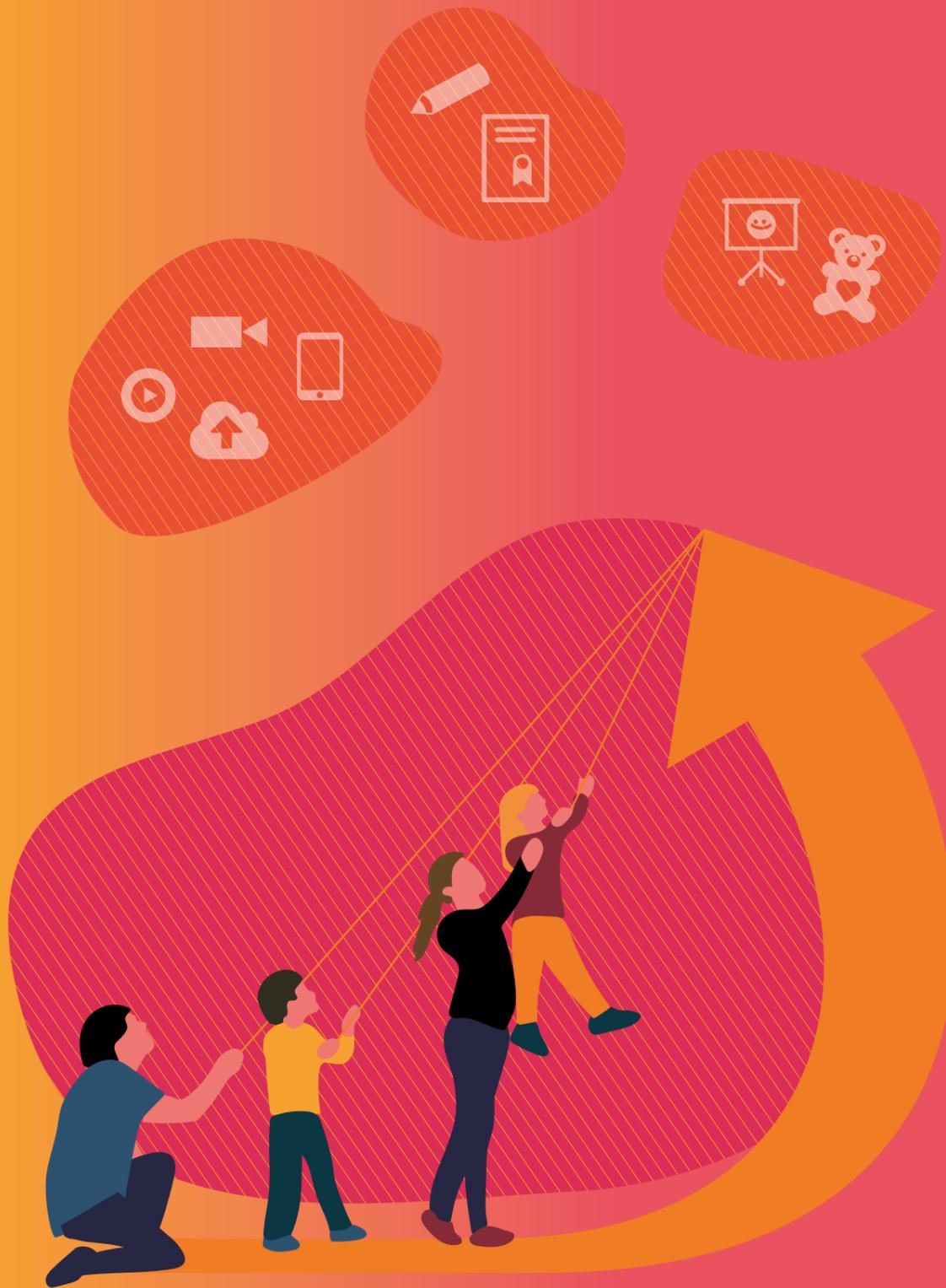
Für mehr Sicherheit gerade jetzt

Antrag „Rettungsschirm für Arbeitnehmer ausweiten – Kurzarbeitergeld aufstocken“:

Wo Sicherheit fehlt, muss der Staat dafür sorgen, dass den Beschäftigten kurzfristig geholfen wird. Deshalb haben wir die Regierung Laschet aufgefordert, das Kurzarbeitergeld in der Krise zu stärken. [Drucksache 17/9035]

Antrag „Ein Schutzschirm für Ausbildungsplätze – Duale Ausbildung in Zeiten von Corona stärken“:

Es gilt jetzt, Auszubildende und Betriebe besser zu unterstützen, die Betriebe für eine Sicherstellung guter Ausbildungsplätze in die Verantwortung zu nehmen und gemeinsam einen Einbruch der Ausbildungszahlen zu verhindern. [Drucksache 17/9452]



Corona darf nicht das Ende des Studiums bedeuten

Spurlos ist die Corona-Pandemie wirklich an niemandem vorbeigegangen. Einschränkungen wie die Maskenpflicht, aber auch berufliche und finanzielle Herausforderungen sind von einem Tag auf den anderen entstanden. Auch die Studierenden sind betroffen, da viele über wenige finanzielle Rücklagen verfügen. Einer von ihnen ist Yannik Düringer (21).

Die große Terrasse der Bergischen Universität Wuppertal bietet einen beeindruckenden Ausblick auf die „Großstadt im Grünen“: Unten im Tal prägen mehrere Kirchtürme und gründerzeitliche Bauwerke das Stadtbild, auf einem Hügel in der Ferne strahlt ein Fernsehturm in der Sonne. „Wir haben hier eine tolle Aussicht“, schwärmt Yannik Düringer und nimmt Platz auf einer geschlängelten Sitzbank, die zum Entspannen einlädt. Während seiner Zeit im AStA der Universität hat er daran mitgewirkt, die Sitzbänke auf der Terrasse aufzustellen. Denn ehrenamtliches politisches Engagement ist ein fester Bestandteil für ihn.



Der Grund für die auffallende Leere an einer Universität mit immerhin 22.000 Studierenden hat mit Urlaub nichts zu tun: In Zeiten von Corona treten nur wenige Studierende den Weg auf den Griffenberg an, auf dem der Hauptcampus der Universität liegt. Seit dem Frühjahr hat sich das Hochschulleben gehörig verändert – nicht nur an der Wupper, sondern in weiten Teilen der Welt. Auch Yanniks Lehramtsstudium ist davon betroffen. „Keiner wusste, wie es weitergeht“, beschreibt er die heikle Situation zu Beginn der Pandemie. Die Universität reagierte schnell und sagte kurzerhand die Präsenzveranstaltungen im Sommersemester ab. Die Lehre wurde komplett ins Internet verlegt. Technische Herausforderungen wie Verbindungsabbrüche oder eine schlechte Sprachqualität waren ebenso problematisch, wie der fehlende Austausch untereinander: Keine Schwätzchen mit Kommilitonen und Fachgespräche mit den Dozierenden via E-Mail waren eine erhebliche Umstellung. „Das studentische Leben ist zum Ende gekommen“, sagt Yannik mit ein bisschen Wehmut, und erinnert sich auch an Partys, die vor der Pandemie im Wuppertaler Luisenviertel stattfanden.

Neben dem Gefühl der Isolation führte die Pandemie aber vor allem zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen in der Studierendenschaft. Yannik, der neben seinem Studium als Projektassistent an der Universität arbeitet, konnte seinen Nebenjob erfreulicherweise behalten. Trotzdem war die Unsicherheit zunächst sehr belastend für ihn. Viele seiner Mitstudierenden haben ihre Nebenjobs verloren und dadurch mit Existenzängsten zu kämpfen. Die Sozialberatung der Hochschule, deren Eingang sich unmittelbar hinter den Sitzbänken befindet, war zeitweise überlaufen. Manche Hochschulen mussten zusätzliches Personal einstellen, um die Flut an Anträgen zu bearbeiten, so Yannik.

Die Überbrückungshilfe der Bundesregierung kam im Juni – zu spät und nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt zu sichern. „Einige Studierende mussten ihr Studium abbrechen oder ihre Eltern um Hilfe bitten, sofern dies überhaupt möglich war“, bedauert Yannik. Ein mitunter demütigender Prozess, der die Schere zwischen Arm und Reich abermals offengelegt hat. Brenzlich wurde es, als die Universität die Zahlungsfrist für den Semesterbeitrag in den August vorziehen wollte, was Yannik gemeinsam mit dem AStA in langen Gesprächen mit der Hochschulverwaltung abwenden konnte.

Yannik verliert auch in dieser schweren Zeit den Mut nicht und schaut optimistisch in die Zukunft. Sein Studium wird sich zwar leicht verlängern, aber immerhin kehrt langsam ein Stück Normalität zurück. Die Universität richtet das Wintersemester als „Hybridsemester“ mit einer Mischung aus Online- und Präsenzveranstaltungen aus, und auch die Bibliothek hat wieder geöffnet. Nun bleibt ihm nur noch: „Hoffen, hoffen, hoffen, dass es im Sommersemester 2021 alles wieder seinen gewohnten Gang geht.“



Elternsein in Zeiten von Corona ist eine schwere Aufgabe

Corona-Eltern im Jahr 2020

Von Regina Kopp-Herr

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Ich gehe spazieren und sehe einen Vater mit seinen Kindern. Geduldig erklärt er immer wieder, dass die Beiden bei ihm bleiben müssen, sie eine kleine Insel bilden und um sie nur Wasser ist und sie anderen nicht zu nahe kommen dürfen. Wie oft hat er das wohl schon gesagt? Etwas widerwillig bleiben die Kinder bei ihm. Es ist gegen ihre kindliche Neugier, gegen ihre Natur.

Wie oft habe ich in diesem Jahr an die Zeit mit meinen Kindern gedacht? Oft hieß es, wir haben es ja auch ohne Kita geschafft. Das mag sein, aber wir hatten noch funktionierende Netzwerke. Die gab es zuletzt nicht mehr. Kein Kinderturnen, kein Spielplatz, keine Großeltern.

Eltern waren mit der Betreuung der Kinder und ihrem Job auf sich gestellt. Unvorstellbar in Zeiten von Rechtsanspruch. Schwierig für alle Familienmitglieder und eine Zerreißprobe zu gleich. Ich erinnere mich noch lebhaft an ein Gespräch mit Elternvertretern auf Landes- und Stadtebene. Beide schilderten mir Schönes und Schwieriges. Was sie sich von der Politik wünschen, habe ich sie gefragt.

Cara Graafen kam da schnell auf den Punkt, wirkliche Beteiligung der Eltern – das wäre ihr Wunsch: „Aber es war immer so, dass im Grunde alles vorausgeplant

war und uns nur das Ergebnis mitgeteilt wurde. Dabei haben wir schon früh darauf hingewiesen, dass sie mit den Familien sprechen müssen, was genau sie brauchen. Wir wurden nie mit Gewerkschaften oder mit den Spitzenverbänden an einen Tisch geholt. Natürlich dauert es länger, mit verschiedenen Interessensgruppen einen Konsens zu finden. Aber nur, wenn man mal gemeinsam diskutiert, kann man einen Weg finden, der von allen getragen wird.“

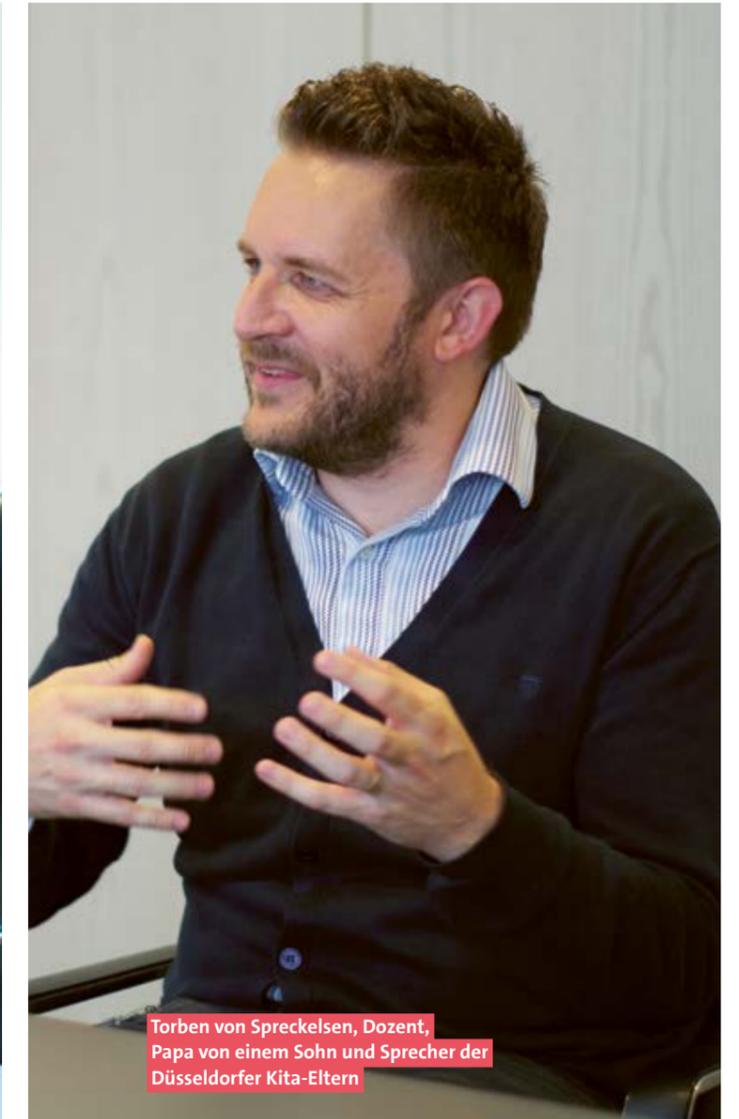
Torben von Spreckelsen erinnert sich an gute und an schlechte Momente daheim. Was er anders machen würde, das kann er klar benennen: „Kämen wir nochmal in so eine Situation, würde ich die schönen Momente anders verteilen und versuchen, einen besseren Rhythmus zu finden – insbesondere für unseren Sohn. Das wäre schon wichtig. Insgesamt muss ich aber sagen, dass es meiner Meinung nach auch eine wichtige Lehre aus dieser Zeit ist, dass man bestimmte Dinge mehr wertschätzt als früher.“

Einig waren sie sich Beide, dass zum Schutz der Kinder und für das Recht auf Bildung die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in Krisenzeiten so lange wie möglich offen sein müssen. Im ersten Lockdown war die Kommunikation zwischen Erzieherinnen und Erziehern und den Kindern oft zu kurz gekommen.

Aber das ist ja nur die eine Seite. Bisher haben wir die Kinder noch nicht in den Blick genommen. Ihre Rechte



Cara Graafen, Referendarin und Mama von zwei Kindern, engagiert sich im Landeselternbeirat NRW



Torben von Spreckelsen, Dozent, Papa von einem Sohn und Sprecher der Düsseldorfer Kita-Eltern

und Bedürfnisse müssen stärker in den Mittelpunkt der politischen Betrachtung kommen. Sie sind nicht bloß Schülerinnen und Schüler, sie sind vor allem Kinder mit eigenen Bedürfnissen. Plötzlich waren sie aber von allem abgeschnitten und isoliert. Der Alltag und die Rituale, das hat vielen Kindern in der Zeit des Shutdowns gefehlt, da bin ich mir sicher. Vor allem aber der Austausch und das Verarbeiten mit ihren Freunden.

Deshalb müssen wir unsere politischen Entscheidungen einer Kinder- und Familientauglichkeitsprüfung unterziehen. Kinder sind eigenständig, wir müssen sie stärker beteiligen und ihnen so zeigen, dass sie und ihre Stimme etwas wert sind. Corona und die Folgen werden uns noch lange begleiten. Welche Langzeitfolgen diese Krise auf Kinder und ihre Familien hat, werden wir noch herausarbeiten müssen.

6 Punkte für mehr Kita-Sicherheit



1. Mehr Tests
2. Finanzhilfen ausbauen
3. Digitale Angebote schaffen
4. Feste Gruppenstrukturen
5. Lohnausgleich für Eltern
6. Runder Tisch „Sichere Kitas“ einführen

#KitaSicherheit

NRW-Schulgipfel zeigt politische Alternativen zum Nichtstun auf

Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat das Bildungssystem voll erfasst: Zwanzig Prozent der Schulen und rund 75.000 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen waren Mitte November von Quarantänemaßnahmen betroffen. Normalität im Schulalltag? Fehlanzeige!



Das Bildungswesen wird durch die Corona-Pandemie auf den Prüfstand gestellt – von den Schulgebäuden über den Lehrerinnen- und Lehrermangel bis zur Digitalisierung. Eine Bewältigung dieser Herkulesaufgabe gelingt nur gemeinsam. Was die Landesregierung nicht wollte, haben wir mit der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW umgesetzt: Wir haben kommunale Spitzenverbände, Lehrerinnen- und Lehrerverbände, die Landeschülerinnen- und -schülervertretung und Elternverbände im November zum Schulgipfel eingeladen.

Den Fokus der digitalen Konferenz machte Thomas Kutschaty zu Beginn klar: „Bitte lassen Sie uns gemeinsam in die Zukunft blicken: Was müssen wir jetzt tun? Ganz konkret, ganz offen, ganz konstruktiv.“ Mehr als 250 Personen aus über zwanzig Verbänden und Institutionen hatten sich zur Konferenz eingeloggt und über zweieinhalb Stunden diskutiert, wie der Schulalltag in dieser Krisenzeit verbessert werden kann. Denn eine Zielinzidenz von 50 ist nicht erreichbar, wenn wir nichts bei den Schulen tun.

Tim Kurzbach (Oberbürgermeister von Solingen) und Daniela Schneckenburger (Schuldezernentin in Dortmund) berichteten über den Schulbetrieb in Corona-Zeiten aus kommunaler Sicht, während Elternvertreterinnen und -vertreter forderten, das Alter der Schülerinnen und Schüler bei der Lösungsfindung zu berücksichtigen. Richard Heinen, der sich seit über 20 Jahren mit Fragen des digitalen Wandels an Schulen befasst, beklagte, dass der Begriff der Bildungsgerechtigkeit in aktuellen Diskussionen häufig als Feigenblatt herhalten müsse. Auch diejenigen, deren Schulen aus Mangel an Alternativen im Infektionsschutz jetzt geschlossen werden müssten, hätten ein Recht auf Bildungsgerechtigkeit. Vielmehr sollten jetzt die Schulen, die bereits gute digitale Konzepte haben, sichtbarer gemacht werden.

In der Aussprache brachten Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, organisierte Schülerinnen und Schüler und Verbände der Schulleitungen zahlreiche Ideen ein, um das Recht auf Schule und Gesundheitsschutz unter einen Hut zu bringen. Diese Ideen gilt es nun im Landtag NRW endlich umzusetzen.

So verlief die Diskussion:



Die Teilnehmenden waren sich einig: Der Unterrichtsbetrieb muss weitergehen – im Interesse der Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler.

Damit Kommunen Bildungsgerechtigkeit gewährleisten können, benötigen sie Entscheidungsalternativen. Die Einführung inzidenzabhängiger Stufenmodelle ist eine Möglichkeit.



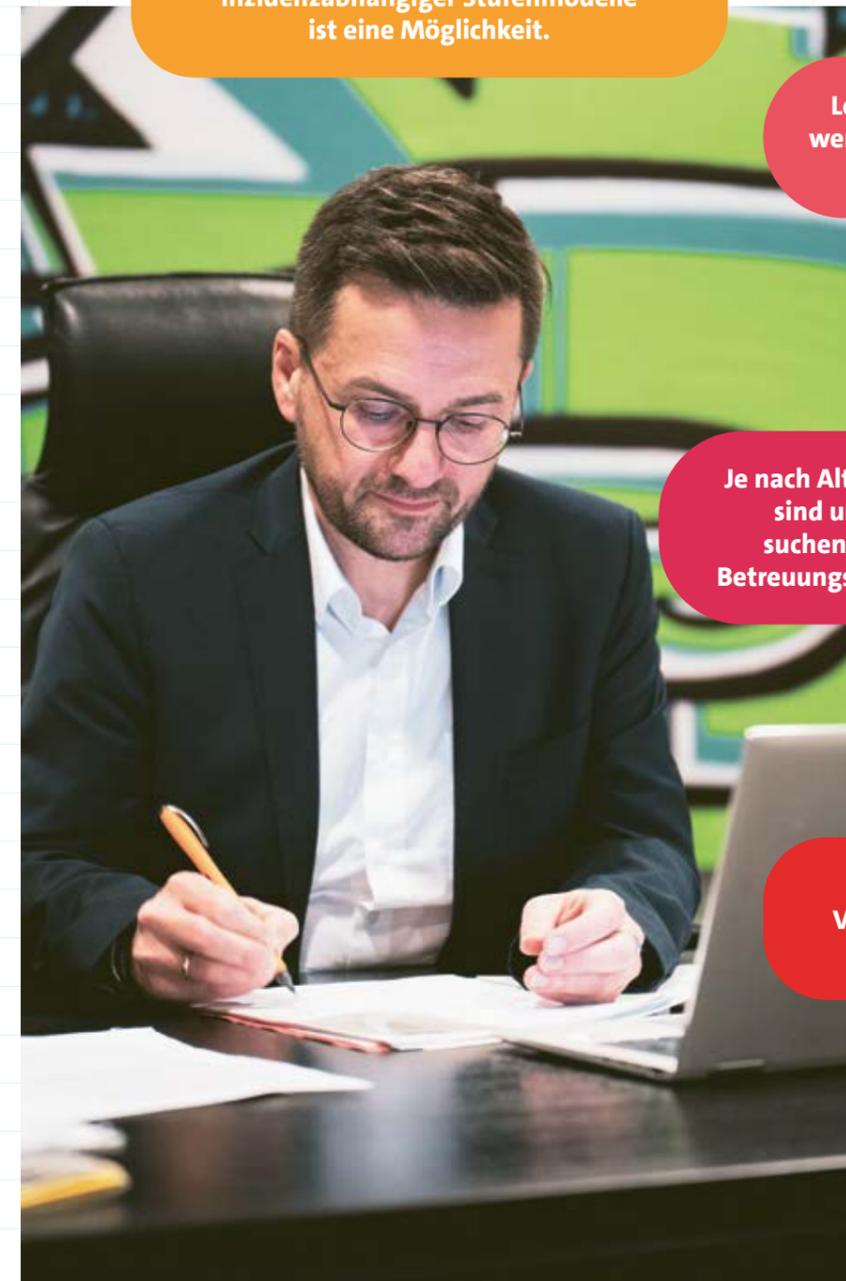
Lernen findet nicht nur statt, wenn ein Kind vor einer Lehrerin oder einem Lehrer sitzt.



Je nach Alter der Schülerinnen und Schüler sind unterschiedliche Lösungen zu suchen, da die Infektionsgefahr und Betreuungsmöglichkeiten verschieden sind.



Schulen mit guten digitalen Voraussetzungen müssen diese stärker nutzen dürfen.



Statements zur Schulpolitik



Eva-Maria Voigt-Küppers
Stellvertretende Vorsitzende der
SPD-Fraktion im Landtag NRW

Schulsozialarbeit braucht jetzt Sicherheit

„Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Instrument, um die Chancengleichheit im Bildungssystem zu fördern. Zahllose Schülerinnen und Schüler und deren Familien profitieren Tag für Tag hiervon.“

Schon vor einigen Jahren hat der Bund erklärt, die Stellen, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) geschaffen worden sind, nicht weiter zu finanzieren. Unter der rot-grünen Regierung ist das

Land Ende 2014 eingesprungen und hat die Finanzierung übernommen. Diese wäre Ende 2020 ausgelaufen. Wir haben früh darauf hingewiesen – und unser stetiger Druck hat sich nun gelohnt: Die Landesregierung hat zugesagt, die BuT-Schulsozialarbeit auch über 2020 hinaus zu finanzieren.

Das kann allerdings nur ein erster Schritt sein. Der Anteil des Landes ist seit 2014 konstant bei 47,7 Millionen Euro und wird

auch jetzt nicht erhöht. Tarif- und Kostensteigerungen bleiben so bei den Kommunen hängen. Außer einer Sicherstellung der Finanzierung ist es notwendig, die Schulsozialarbeit von Grund auf neu zu strukturieren. Unsere Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch, eine Expertenanhörung im Landtag hat bereits stattgefunden. CDU und FDP müssen dieses Thema endlich ernst nehmen.“



Jochen Ott
Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Landtag NRW

Zusammen die Digitalisierungsoffensive angehen

„Zu Beginn ihrer Amtszeit hat die Landesregierung die Parole „Digital First“ ausgerufen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass sie an ihren eigenen Worthülsen krachend gescheitert ist. Die Schulministerin musste feststellen, dass ihre Anstrengungen in der digitalen Bildung wenig ambitioniert waren. So konnte sie in der Pandemie keine Handlungsalternativen zur Sicherung des Unterrichts und der Bildungsgerechtigkeit vorlegen.“

Mit unserem Schulgipfel haben wir gezeigt, dass es im Gespräch mit allen Beteiligten auch anders geht. Die gemeinsame Kommunikation mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Schulleitungen und Eltern gilt es fortzusetzen, um endlich eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen in NRW zu starten.

Digitalisierung ist ein Begriff, der viel Interpretationsspielraum lässt: von der Nutzung von Instagram oder TikTok bis hin zur Beherrschung von anspruchsvoller Hardware und Software. Schule muss dabei der Ort sein, der unsere Kinder auf diese vielfältige Nutzung und Beherrschung vorbereitet.

Sie sollte jede Schülerin und jeden Schüler darin lehren, Instrumente und Verständnis für grundlegende Anwendungen und Strukturen im digitalen Arbeiten zu beherrschen.

Es braucht eine gerechte Ausstattung mit digitalen Endgeräten für alle Schülerinnen und Schüler und für die Lehrerinnen und Lehrer. Es braucht ebenso eine angemessene Ausstattung der Unterrichtsräume, die Bereitstellung einer Lernplattform, die die datenschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt und von allen Schulen implementiert werden kann, sowie eine umfassende Fortbildungsstrategie für Lehrkräfte, die die vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrer unterstützt.

Kurz gesagt: NRW braucht endlich eine klare Digitalisierungsstrategie, die sich nicht im Klein-Klein verliert. Das Land muss endlich verlässliche Standards bzw. Mindestanforderungen hinsichtlich Hardware, Software und Breitbandanschluss zur Verfügung stellen, um gleichwertige Lernbedingungen an allen Schulen zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung muss das Land auch in finanzieller Hinsicht für die Kommunen verlässlicher und fairer Partner sein. So reicht es zum Beispiel nicht aus, wenn das Land die Hardwareausstattung übernimmt, allerdings für jeden gezahlten Euro auf Seiten der Kommunen zusätzliche Kosten zwischen 50 Cent und einem Euro für den Support der beschafften Hardware entstehen. Realität ist allerdings, dass der Support laut WDR-Umfrage aus dem Oktober 2020 von vielen Lehrkräften in ihrer Freizeit geleistet wird. Vor dem Hintergrund von ausbleibenden Einnahmen und einer unsicheren wirtschaftlichen Prognose besteht unter diesen Voraussetzungen die Gefahr, dass viele Kommunen abgehängt werden.

Alleine dieses Beispiel zeigt die hohe Komplexität der Digitalisierung und die Notwendigkeit, ganzheitlich die einzelnen Faktoren und Aspekte zusammen zu bringen. Es darf keine Zweiklassen-Gesellschaft durch die Digitalisierung entstehen, in der der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung von der Postleitzahl oder dem Einkommen der Eltern abhängt.“

Interview mit Nina Toller:

Digitaler Unterricht muss Schülerinnen und Schüler mitreden lassen

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass bei der Digitalisierung der Schulen noch eine Menge Arbeit ansteht. Das Land braucht ein Schulkonzept für einen guten Unterricht der Zukunft. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW forderte lange die Organisation eines Gipfels ein, um zügig zu Verbesserungen zu kommen [Drucksache 17/10841], bis sie es selbst in die Hand nahm. Eine, die sich mit Digitalisierung auskennt, ist Nina Toller. Sie ist Lehrerin in Duisburg und mit ihrem Blog tollerunterricht.com Vorkämpferin für einen zeitgemäßen digitalen Unterricht.



Nina Toller unterrichtet Englisch, Geschichte, Latein und Informatik am Franz-Haniel-Gymnasium in Duisburg. Sie betreibt den Blog tollerunterricht.com und erhielt 2018 den „Digital Female Leader Award“ für ihre Arbeit.

Frau Toller, Sie betreiben sehr erfolgreich einen Blog über das digitale Lernen und Lehren. Als Lehrerin für Informatik gehen Sie mit gutem Beispiel voran. Was spornt Sie an?

Medien und Technik haben mich schon immer interessiert. Ich wollte immer wissen, WIE alles funktioniert. Als ich dann fertige Lehrerin war, konnte ich die Qualifikationserweiterung für das Mangelfach Informatik machen, da habe ich nicht lange gezögert. Diese Begeisterung für das Wie und Warum möchte ich auch an die Schülerinnen und Schüler weitergeben.

Das mit der Begeisterung ist auch aus Perspektive der Schülerinnen und Schüler ja immer so eine Sache. Klappt das?

Ich glaube, man nimmt mir in all meinen Fächern ab, dass ich wirklich Spaß am Unterrichten habe. So versuche ich, auch immer neue Ideen in meinen Unterricht einzubringen. Manchmal braucht das ganz schön viel Improvisation und Kreativität. Denn es kommt vor, dass ich etwas umsetzen möchte, wozu ich aber gar nicht die Mittel oder Geräte habe. Da wird man schon mal schnell zum MacGyver in der Schule (lacht).

Das ist ein TV-Held, gespielt von Richard Dean Anderson. Wie viel von seinen Kräften können Sie gebrauchen?

Total viel! MacGyver, das Improvisationsgenie aus der gleichnamigen Fernsehserie aus den 80ern/90ern, kam aus jeder Situation wieder raus, weil er kreativ die Dinge um sich herum einsetzte. So entschärfte er mal eine Bombe mit einer Büroklammer oder nutzte Kaugummipapier als Stromleiter. Auf diese Art und Weise erstelle ich einen WLAN-Hotspot im Klassenraum oder nutze den Overhead-Projektor als Beamer-Ablage. Und auf Seiten der Schülerinnen und Schüler sind natürlich die Handys die „Schweizer Taschenmesser“ in MacGyver-Manier schlechthin. So erreiche ich meine Unterrichtsziele auch ohne wahnsinnige Ausstattung.

Was sind denn Ziele digitaler Bildung?

Digitale Bildung, Digitalisierung oder auch Digitalität sind Buzzwords, die immer gefüllt werden müssen, damit alle verstehen, was man denn nun konkret meint. Ich nutze dafür immer die sogenannten „4K“, die für Kommunikation, Kreativität, kritisches Denken und Kollaboration stehen. In meiner Unterrichtsplanung greife ich neben meinem pädagogisch-didaktischem Repertoire darauf zurück und rege die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel dazu an, miteinander zeit- und

ortsunabhängig zu arbeiten oder auch kritisch das Format zu hinterfragen, das sie für ihre Arbeit gewählt haben. Zum Beispiel: Ist die Wahl des Erklärvideos für die Bearbeitung dieser Aufgabe wirklich sinnvoll?

Was braucht es dafür?

Ich muss als Lehrkraft nicht nur auf dem Laufenden bleiben und einen Pool an Möglichkeiten kennen, sondern mich auch auf diese Lern- und Lehrform einlassen. Dazu gehört, die Schülerinnen und Schüler mit in den Lernprozess einzubinden, sie als Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen und auch in manchen Situationen die Kontrolle etwas abzugeben. Das kann man oft nicht allein schaffen. Daher plädiere ich immer für den Austausch untereinander.

Was verbirgt sich hinter der 3+1-Regel, von der Sie oft sprechen?

(lacht) Diese Regel habe ich vor rund einem Jahr aufgestellt, sozusagen als Tipp. Es gibt drei Dinge, die ich verändern kann. Erstens: Ich unterrichte als Mensch andere Menschen, keine Maschinen. Schülerinnen und Schüler dürfen mitreden. Zweitens: Ich kann Spielräume ausnutzen und so Veränderungen am eigenen Arbeitsplatz bewirken, natürlich mit Regeln und Vorschriften, aber ich muss nicht nur auf „das Gute von oben“ warten. Drittens: Ich muss Netzwerke bilden. Anfangs hatte ich wenige Mitstreiterinnen und Mitstreiter im eigenen Kollegium, suchte nach Gleichgesinnten im Netz und habe zum Beispiel im #twitterlehrerzimmer viele neue Ideen bekommen. Und dann gibt es noch EIN Motto, das diese drei Dinge verbindet: Einfach machen!

Vielen Dank für das Gespräch.

Foto: privat

Im ständigen Dialog – für ein lebenswertes NRW für alle Familien

Die vergangenen Monate haben wie im Brennglas aufgezeigt, was in unserem Bildungssystem richtig läuft und was nicht funktioniert. Damit Aufstieg durch Bildung gelingen kann, braucht es – wie auf den Seiten zuvor erläutert – einen ständigen Dialog mit allen Beteiligten. Um diese Prämisse wieder in der Landespolitik zu etablieren, haben wir zuletzt zahlreiche Initiativen in das Parlament eingebracht.

Schulen in der Pandemie krisenfest machen

Die Landesregierung hielt ungeachtet aller Kritik von Eltern- und Lehrerinnen- und Lehrerverbänden, der schulformübergreifenden Vertretung von Schulleitungen und der Landes-schülerinnen- und -schülervertretung sowie Akteuren aus dem Gesundheitsbereich starr am Präsenzunterricht bis zur Überlastung der Schulen fest. Gemeinsam mit diesen Beteiligten haben wir mit der GRÜNEN Fraktion deshalb zahlreiche Ideen auf unserem Schulgipfel erarbeitet, um Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit zusammenzubringen. Ende November haben wir sie erstmals in den Landtag eingebracht. [Drucksache 17/11978]

Digitalisierung: Schulen und Kommunen zahlen für die Versäumnisse der Landesregierung

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen mit digitalen Endgeräten versorgt werden. Doch NRW lässt Schulen und Kommunen mit dieser Vorgabe des Bundes im Regen stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass das digitale Klassenzimmer endlich für alle Schülerinnen und Schüler funktionieren kann. [Drucksache 17/10630]

Kostenübernahme bei geschlossenen Einrichtungen

Eltern benötigen Sicherheit, besonders in unsicheren Zeiten. Familien erleben in der Corona-Krise viele Entbehrungen und Mehrausgaben bei Mindereinnahmen. Wir fordern, Eltern von Betreuungsgebühren in Tagespflege, Kindertagesstätten und Offenen Ganztagsgrundschulen zu befreien, wenn Einrichtungen geschlossen werden. [Drucksache 17/9102]

50-Millionen-Euro-Notfallfonds für Studierende

Der Verlust des Nebenjobs führt für Studierende dazu, dass Rechnungen oder die Miete nicht mehr beglichen werden können. In Geldnot geratene Studierende benötigen die Hilfe des Landes. Deshalb haben wir uns für die Einführung eines 50-Millionen-Euro-Notfallfonds eingesetzt. [APr 17/982]

Bildung und Infektionsschutz zusammen denken

Wir plädieren für Schichtmodelle, rollierenden Unterricht und eine hybride Unterrichtsorganisation, um der corona-bedingten Herausforderung im Bildungswesen zu begegnen. Dafür benötigen Schulen und Schulträger organisatorische und pädagogische Freiheiten. [Drucksache 17/11655]

Mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit

Die Elternmitwirkung an Kitas und Schulen in Nordrhein-Westfalen muss gesetzlich stärker verankert werden. Dafür soll eine entsprechende Kommission gebildet werden, die binnen eines Jahres auf Grundlage der Inhalte der Elternkonferenz vom 11. September 2019 konkrete Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet. [Drucksache 17/10526]

600 Euro Familienbonus in NRW umsetzen

Laschet kündigte an, dass Privathaushalte und die Binnenkaufkraft mit einem Familienbonus von 600 Euro gestärkt werden sollen. Nur wenige Wochen später wollte er davon nichts mehr wissen. Die Kinder und Eltern haben mehr verdient. [Drucksache 17/9812]

Schulsozialarbeit in NRW neu strukturieren und Finanzierung dauerhaft sicherstellen

Schulsozialarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag, um Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien die Chance auf Teilhabe zu ermöglichen. Sie hilft, Bildungsarmut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und stellt somit auch einen wichtigen Baustein für eine präventive Sozialpolitik an Schulen dar. Die Strukturen und die Steuerung müssen optimiert werden, ohne dass es bei diesem Prozess zu finanziellen Kürzungen kommt. Hierfür bedarf es eines fundierten Gesamtkonzeptes zur Neugestaltung der Schulsozialarbeit in NRW. [Drucksache 17/10640]

Klimaschutz für Familien verankern

Hitze, Dürren, Wassermangel oder Starkregen zeigen, dass der Klimaschutz keine Verdrängung duldet. Wir brauchen einen klimafreundlichen Konsum, den sich Familien leisten können. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, mit der Verbraucherzentrale NRW ein Modellprojekt „Klimaneutrales Leben in NRW“ zu entwickeln. [Drucksache 17/11176]





Kein Bock mehr auf Frontenbildung

Wolfgang Wendland ist Sänger der Punkrock-Band „Die Kassierer“. Der Wattenscheider, der eigentlich gar nicht aus Wattenscheid, sondern aus Lünen stammt, sich aber selbst augenzwinkernd als eingefleischten Wattenscheider bezieht, spricht über die aktuelle Auszeit. Und schnell wird klar, wie Kunst und Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und gerade jetzt nicht fallen gelassen werden dürfen.



Er habe keine PR-Leute, nur gute Anwälte. Sagt Wolfgang „Wölfi“ Wendland, als wir uns mit ihm in der Bochumer Innenstadt treffen. Nicht ganz ernst gemeint zwar, aber wir wollen es trotzdem nicht drauf ankommen lassen. Wir nähern uns also in diesem Text vorsichtig daran, warum so eine Pandemie es gerade für Wendland und seine „Kassierer“ auch mit allen denkbaren Schutzkonzepten unmöglich macht, vor Publikum aufzutreten.

„Unsere Konzertgäste wippen halt nicht nur ein bisschen mit dem Fuß“, erläutert der Frontmann, dessen Band seit mehr als 35 Jahren erst im Ruhrgebiet, dann in der ganzen Republik für Furore sorgt. Für ein Publikum, das während der Konzerte untereinander den Körperkontakt sucht oder ihn zumindest beim Tanz nicht vermeiden kann. Mit Texten, die bei diesem Publikum unter anderem den Bierkonsum anregen. Mit einem Frontmann, dessen Auftritte meist recht unverblümter Natur sind, um es mit der angekündigten Vorsicht auszudrücken. Ein „Kassierer“-Konzert mit Mindestabstand, Sitzplätzen und Schutzboxen kommt für Wendland deshalb nicht in Frage: „Es würde auffallen, dass wir das Unwichtigste bei der ganzen Geselligkeit sind.“

Wer die „Kassierer“ kennt, weiß also: Corona schlägt bei ihnen voll ins Kontor. Nicht nur wegen der finanziellen Einbußen, sondern weil es das Bandleben zunichtemacht. „Es muss Dir als Musiker auch immer etwas einfallen. Dafür braucht man die Auf-

tritte, die einen bewegen, um weiter Musik zu machen – Erlebnisse“, schildert Wendland und verweist auf die Entstehungsgeschichte eines Liedes: „In Hannover hat beim Catering mal einer gesagt: ‚Ich wusste nicht, wie Ihr drauf seid, und hab für alle vegan gekocht.‘ Dann stellt der uns etwas Ungenießbares hin, um dann aber selbst in die nächste Pommesbude zu verschwinden. Daraus ist dann unser Lied ‚Geh mir weg mit Deiner veganen Pampe‘ entstanden.“

Um solchen Erlebnissen weiteren künstlerischen Ausdruck zu verschaffen, hatten die Kassierer in diesem Jahr eigentlich ein Theaterstück zusammen mit dem Theater Dortmund geplant. Nach der Premiere war aber Corona-bedingt leider Schluss. Seitdem bleibt für Wendland, der sich viele Gedanken macht, viel Zeit, um sich Gedanken zu machen.

Er ist eh und je politisch unterwegs gewesen: Studium der Philosophie, Pädagogik sowie Politik, Film- und Theaterwissenschaften, im Anarcho-Kampf um öffentlichen Raum in Bochum in den 80ern, eher mäßig erfolgreicher Kanzlerkandidat 2005 für die APPD, mit rund acht Prozent erstaunlich erfolgreicher Bürgermeisterkandidat in Bochum 2015, Mitglied der Bezirksvertretung Wattenscheid, Eintritt in die SPD 2018. Weil echter Einsatz gegen rechtsextreme Tendenzen mehr als nur Satire braucht.

Dem 58-Jährigen fehlt heute bei vielen Diskussionen die soziale Komponente: „Das Starkwerden der AFD

hat sicherlich damit zu tun, dass Menschen nicht mehr miteinander reden. Das Ende eines Dialogs kann der Anfang einer Radikalisierung sein.“ Auch und gerade in Klimafragen würde es immer weniger gelingen, sich anhand eines Austauschs von Argumenten auf die besten Lösungswege zu verständigen. Aber oft kann man sich noch nicht einmal auf eine gemeinsame Faktenlage einigen, zum Beispiel ab wieviel gefahrenen Kilometern ein E-Auto wirklich die bessere Klimabilanz hat.

Ein Aufstand von Arzttöchtern würde viele Menschen, die täglich über die Runden kommen müssen, nicht erreichen: „Ja, der Klimawandel ist Scheiße. Doch es gibt Themen, die sind in erster Linie ein Dilemma, da braucht es eine Güterabwägung. Eine CO₂-Bepreisung kann man im Einfamilienhaus mit Solarzellen und Wärmepumpen ausgleichen, dem Mieter im Wohnblock bleibt nur ‚Zahlen oder Frieren?‘ als Entscheidung.“

So kritisiert er Abschottungstendenzen bei denjenigen, die aktuell eigentlich als progressiv gelten. Fridays For Future sei „wie ein Kaninchen vor der Schlange, das einem mit vielen Worten die Schlange beschreibt“. Das sei häufig irrational und nicht zielführend. Wendland, der passend zum Namen auf seiner Facebook-Seite auch mal die Weiterentwicklung der Atomkraft für denkbar hält, wenn die Klimaerwärmung das vordringliche Problem ist, ist wahrlich kein Freund grüner Besserwisserei: „Jenseits



In den 80er-Jahren lieferte sich Wolfgang Wendland an dieser Stelle des Bochumer Bermuda3ecks mit der Stadtführung bierbewaffnete Anarchokämpfe um die Hoheit des öffentlichen Raums. Heute treffen wir ihn bei einer Cola light.

der Baumpflanzung wird es schwierig. Dass Homöopathie Stuss ist, kannst Du ihnen nicht verklickern. Dann schwurbeln die rum.“

Es gehe ihm gar nicht mal so um die Provokation, wenn er so was als Sänger einer Punkband sage oder schreibe. Ihn störe einfach, dass Debatten immer mehr im Klein-Klein der Rechthaberei stocken bleiben: „Heute bleibt jeder in seinem Cluster und glaubt, was er oder sie will. Man ist umgeben von Frontenbildung. Ich finde das manchmal anstrengend.“

► **Das Starkwerden der AFD hat sicherlich damit zu tun, dass Menschen nicht mehr miteinander reden. Das Ende eines Dialogs kann der Anfang einer Radikalisierung sein.** ◀

Er sagt das und man nimmt es ihm sofort ab. Denn Wolfgang Wendland schafft es aus dem Stehgreif, mit äußerst kurzweiligen Schilderungen aus der Nachbarschaft die Fallhöhe von politischen Theoriedebatten darzustellen. So würde der Schornsteinfeger zu dem Ergebnis kommen, dass das Mehrfamilienhaus, in dem der Sänger lebt, selbst für Wattenscheider Verhältnisse ein „sehr nerviges Haus“ sei. Um 16 Besitzer einzelner Heizungsanlagen zu erreichen, braucht es schon eine Weile. Welche Energiepolitik die einzig wahre ist, interessiert hier ebenso wenige Menschen, wie die Vermieter der Einbau einer Zentralheizung. „So lange mir keiner eins ins Gesicht hauen will, kann ich mit sehr unterschiedlichen Leuten reden. So bekommt man einen Eindruck von Realität“, rundet Wendland ab. Er macht damit klar, warum er und seine Band auch im vierten Jahrzehnt des gemeinsamen Bestehens noch Antrieb finden.



Stefan Zimkeit
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW

„So wie Wolfgang Wendland geht es vielen Kulturschaffenden in NRW. Sie würden gerne einfach wieder ihrem Job nachgehen und mit ihrer Performance für Stimmung sorgen. Unsere Position ist klar: Wenn die Landesregierung Einschränkungen beschließt, die bestimmte Branchen besonders treffen, muss sie auch Unterstützung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen leisten. Deshalb haben wir uns im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags wiederholt für Finanz-

hilfen für die Veranstaltungs- und Gastronomiebranche stark gemacht. Leider verweigerte die Regierungskoalition dem Programm in Höhe von 700 Mio. Euro im Oktober die Zustimmung. Wir setzen uns aber natürlich weiter für deutliche finanzielle Verbesserungen für Event-Unternehmen, Schausteller, Gastronomie sowie für die Kultur- und Kreativwirtschaft ein. NRW muss lebendig bleiben.“



Bereits in den Anfangsjahren haben die „Kassierer“ davon profitiert, dass die Punkszene sozial immer arg durchmischt war. Man habe jenseits von Echokammern, in denen sich Leute verorten, einen Gesamteindruck bekommen, was die Gesellschaft bewegt. Dieser Geist habe sich bis heute gehalten: „Unsere Fans sind der Durchschnitt der Gesellschaft. Nicht nur akademisch, nicht nur prollig. Es ist ein breites Umfeld: Backstage treffen wir VW-Arbeiter, dann mal den Doktor der Philosophie – man weiß es vorher nicht. Ich finde diese Mischung eigentlich ganz erfrischend.“ Und so wünscht man ihm, dass er bald wieder loslegen kann. Kulturelle Veranstaltungen tragen ganz alltäglich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, ohne dass die Veranstaltenden dies an die große Glocke hängen – auch in einer eher hedonistischen Form, wie sie „Die Kassierer“ leben. Umso wichtiger ist es jetzt, die Veranstaltungsbranche und die Arbeitsplätze, die mit ihr verbunden sind, nicht der Krise zu opfern. Wolfgang Wendland sagt es an: „Wir warten auf den Impfstoff.“

Wir alle warten. Und wenn er da ist, gibt es für Kunst, Kultur, Musik, Sport und Publikum gemeinsam einiges aufzuholen...

Unser Antrag „Beschäftigte in Saison- und Kulturwirtschaft schützen“:

Zahlreiche Volksfeste, Messen und Kulturveranstaltungen müssen ausfallen. Aufgrund des Verbots sind die Betriebe, Vereine, Schausteller und Soloselbstständigen, die im saisonalen Geschäft ihren weit überwiegenden Umsatz generieren, besonders betroffen. In Nordrhein-Westfalen arbeiten mehr als 700.000 Menschen in diesem Bereich. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land auch sie unterstützt.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9036.pdf>

Lebensmittelpunkt Innenstadt

Die Städtebauförderung verdient eine Renaissance –
und einen Paradigmenwechsel

Von Sarah Philipp

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Landtag NRW



Schon vor der Pandemie war es um den Einzelhandel in unseren Innenstädten nicht gut bestellt. Shopping-Malls und Online-Handel ziehen Kaufkraft ab. Leerstand macht Straßenzüge unattraktiv, noch mehr Kunden bleiben aus. Und jetzt schlägt das Virus zu: Der Einzelhandel wirbt seit Monaten mit Preisnachlässen von 30, 50 oder 70 Prozent. Das ist ein schlechtes Zeichen, denn Rezessionen erkennt man an Rabatten. Die stärksten Nachlässe gibt es kurz vor der Geschäftsaufgabe. Tatsächlich könnten mindestens 50.000, vielleicht sogar 100.000 Einzelhandelsgeschäfte und Filialen das Corona-Jahr 2020 nicht überleben. Das wird Folgen haben, auch und gerade für unsere Städte, für ihre Attraktivität, ihre Lebensqualität, ja für das Lebensgefühl einer ganzen Stadt.

Es wird Zeit für politische, für staatliche Initiativen. Um der Lebensqualität in unserer Heimat willen dürfen wir die Entwicklung unserer Innenstädte nicht allein dem Markt überlassen. Stadtentwicklungs- und Städtebaupolitik werden in den kommenden Jahren zu den Schlüsselfeldern der Landes- und Kommunalpolitik gehören müssen.

Die SPD-Landtagsfraktion arbeitet an neuen Strategien und hat auch schon entsprechende Konzepte und Haushaltsanträge in den Landtag eingebracht. Nicht weniger als 1,5 Milliarden Euro wollen wir kurzfristig in eine Renaissance des Städtebaus investieren – allerdings nicht in Nostalgiepolitik. Der Online-Handel verschwindet nicht wieder, die gute alte Zeit der großen Kaufhäuser kommt nicht zurück. Wir wollen Leben und Lebensqualität in unsere Innenstädte zurückbringen. Das heißt nichts anderes, als dass wir sie auch als attraktive „Einkaufsstädte“ denken und gestalten müssen, aber nicht mehr nur als solche. Unsere Innenstädte sind viel zu oft zu begehbaren Immobilienfonds geworden. Aber sie sollten wieder ein Ort werden, an denen Menschen nicht nur einkaufen, sondern auch tatsächlich leben; ein Ort mit

Die Einkaufsstraße in meiner Heimatstadt Duisburg erstreckte sich früher an ihrer Hauptachse über einen Kilometer. Das alte Karstadt-Haus, Sinn, Boecker, C&A, Peek & Cloppenburg, viele Bankfilialen und andere Dienstleister waren hier zu finden. Egal ob um etwas zu erledigen oder eben einzukaufen: „In die Stadt fahren“, das war früher gleichbedeutend mit der Fahrt in das pulsierende Herz meiner Stadt: Voller Besatz, vom Kaufhaus bis zum inhabergeführten Einzelhandel. Richtig viel Leben auf der Straße. Doch diese goldenen Zeiten sind vorbei – nicht nur in Duisburg.



guten und bezahlbaren Wohnungen, mit Schulen, Museen, Kulturstätten, Kneipen und eben auch Einzelhandel. Wenn wir die Kultur und das gute Wohnen in die Innenstädte zurückholen, dann kommen auch die Menschen und schließlich der Handel zurück. Eine Innenstadt, die als Lebensort attraktiv sein will, braucht zudem Begrünung, Gastronomie und schlicht auch sinnliche Erlebnisse: zum Beispiel spezialisierte Handwerker oder Einzelhändler, deren Waren wir riechen, schmecken und anfassen können.

Ein solcher Stadtentwicklungsansatz ist leichter beschrieben als umgesetzt. Aber er ist auch kein Hexenwerk. Es gibt gute Beispiele aus ganz Europa, in denen eine soziale, ökonomische und auch ökologische Erneuerung von Innenstädten gelungen ist. Allerdings braucht man dafür Zeit, Geld und auch ein paar staatliche Regeln. Hanau zum Beispiel hat die gesamte Innenstadt mit Vorkaufsrechten versehen, um besser die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit von Investitionen in Immobilien kontrollieren zu können. Darüber hinaus sollten Land und Kommunen inhabergeführte Einzelhändler, Handwerker oder Dienstleister durch günstige Mieten unterstützen – entweder über den eigenen Aufkauf von Immobilien oder durch entsprechende Mietpreisregeln. Am Wichtigsten ist allerdings die Zusammenarbeit: Händler, Immobilieneigentümer und Stadtplaner müssen miteinander reden und kooperieren. Das haben sie

viel zu oft und viel zu lange nicht getan. Fortschritt wird gemacht – aber nur gemeinsam.

Städtebau und Stadtentwicklung brauchen eine Renaissance – aber auch einen Paradigmenwechsel. Unsere Initiative ist erst der Anfang.

Unser Antrag „Lebendige Städte –
Innenstädte stärken“

Die Ankündigung von Galeria Karstadt Kaufhof, mehrere Standorte auch in nordrhein-westfälischen Innenstädten zu schließen, ist der jüngste Rückschlag in einer langen Reihe schwieriger Entwicklungen für unsere Innenstädte. Dabei sind sie die Lebensader unserer Städte und Stadtteile. Sie brauchen endlich die besondere Aufmerksamkeit der Landespolitik. Deshalb fordern wir in enger Abstimmung mit Städten und Gemeinden ein Investitionsprogramm, das Augenmerk auf Sicherheit und Sauberkeit legt und Fördermaßnahmen mit Blick auf natürliche Ressourcen vornimmt.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-10637.pdf>



Automobilindustrie in NRW: mit Fortschritt aus der Corona-Krise

Die Automobilindustrie ist mit 200.000 Beschäftigten ein zentraler Arbeitsplatz in NRW. Neben der Corona-Krise muss der Wandel in der Mobilität in NRW erfolgreich gestaltet werden. Wir zeigen anhand von zwei Beispielen auf, vor welchen Herausforderungen die Branche steht.

Die Perspektive des Arbeitgebers: Roger Wildemann, Geschäftsführer eines Automobilzulieferers aus Remscheid

Corona stellt auch die Wirtschaft auf den Kopf. Die Herausforderungen für deutsche Unternehmer sind enorm, der Grat zwischen Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs und Schutz der Belegschaft vor Ansteckung ist schmal. Diese Erfahrung machte ein Automobilzulieferer aus Remscheid.

Roger Wildemann, seit 1998 einer der Geschäftsführer von AVL Schrick und seit nunmehr 28 Jahren im Unternehmen beschäftigt, geht die betrieblichen Herausforderungen der Corona-Krise pragmatisch an: „Wir handhaben das wie ein klassisches Entwicklungsprojekt. Auch während der Entwicklung von neuen Produkten gibt es immer wieder Überraschungseffekte. Im Grunde sind Ingenieure wie wir in solchen Situationen in ihrem Element.“



Geschäftsführer Roger Wildemann setzt auch in der Krise auf das klassische Projektmanagement

Nun braucht es im Kampf gegen eine Pandemie für Unternehmerinnen und Unternehmer andere Mittel als in einer Finanzkrise: die Zertifizierung von Hygiene- und Schutzmaßnahmen der Arbeitsräume, neue Schichtpläne zur Vermeidung von Begegnungen und schnelle Schulungen für alle Mitarbeitenden. Doch der Schlüssel der Krisenbewältigung liegt auch diesmal in einer frühzeitigen Kommunikation. „Dank der hervorragenden Vernetzung hatten wir Corona schon ziemlich früh auf dem Schirm und erkannt, dass das auch für uns ein Thema wird“, erläutert Wildemann und verweist auf wertvolle Informationen aus der Unternehmensgruppe von Kolleginnen und Kollegen aus China.

Dabei musste die Automobilindustrie bereits vor Corona auf zahlreiche Veränderungen eingehen. Das bergische Unternehmen fertigt und montiert Batteriesysteme, Komponenten von Verbrennungsmotoren und alternative Antriebssysteme. Gerade der Wettbewerb im Antriebssegment veränderte sich – nicht zuletzt aufgrund des Dieselskandals – mit einer Heftigkeit, die kaum absehbar war. Anmeldung von Kurzarbeit, die Verzögerung von Projekten – Corona machte fast zwangsläufig Einschnitte notwendig, die gerade für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschneidend sind. Wildemann sagt dazu: „Oberstes Ziel ist es am Ende des Tages, den Betrieb aufrecht zu erhalten.“



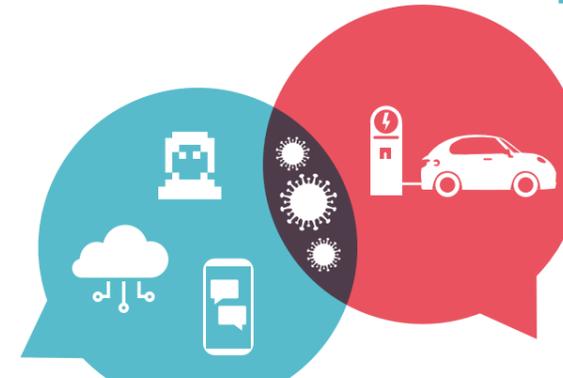
Die Automobilindustrie als wichtiger Arbeitsplatz in NRW. Thomas Kutschaty, Sven Wolf und Burkhard Mast-Weisz machen sich in Remscheid ein Bild.

Wenn in so einer Phase 90 Prozent aller Beschäftigten dem Betrieb in einer Umfrage bescheinigen, dass sie mit den bisherigen Maßnahmen im Betrieb zufrieden sind und sich gut informiert fühlen, ist das auch eine Auszeichnung für das Krisenmanagement. Wildemann erklärt, warum es gerade in diesen Zeiten wichtig ist, gemeinsam mit der Belegschaft nach Auswegen zu suchen. Entscheidungen müssten erklärt werden, um von allen getragen werden zu können. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen verstehen, warum wir wie entscheiden“, so Wildemann, der genau hierfür auch eine eigene Corona-Beauftragte installierte. In den Sommer-Monaten habe man dadurch gemeinsam erste positive Ergebnisse erzielen können: „Die Anfragen in den letzten Wochen sind deutlich angestiegen.“ Auch in Remscheid weiß man: Corona wird alle noch mehrere Monate mit weiteren Auf- und Abs beschäftigen. Doch habe die Krise auch gezeigt, was sich nach ihr im Betriebsablauf verbessern lässt. „Die Hälfte der Meetings werden wir auch nach Corona per Video durchführen. Wir werden auch nie wieder so viel fliegen wie bisher“, erkennt Wildemann die Chance, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, und fasst zusammen: „Die Kommunikation hat sich grundlegend verändert – im Unternehmen und in der Zusammenarbeit mit anderen.“

Unsere Initiative für Investitionen in den Fortschritt:

„Konjunkturprogramm für Arbeit, Sicherheit und Fortschritt“ [Drucksache 17/9356]

Die Unterstützung für Innovationen bei neuen nicht-fossilen Antriebstechnologien in der Automobilwirtschaft muss eng mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten und der Gewerkschaft abgestimmt und vorangetrieben werden. Hierfür muss das Land NRW selbst mutig investieren.



Die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Kurzinterview mit Marc Treude, Betriebsratsvorsitzender eines Kleinwagenproduzenten aus Aachen

Im Aachener Unternehmen „Next.e.GO Mobile“ hat man in den vergangenen Monaten Höhen und Tiefen durchlebt. Hier wurde neben vielen weiteren Projekten ein batterieelektrischer Kleinwagen entwickelt. Dann kam Corona und das Unternehmen konnte die Produktion nicht wie geplant hochfahren: Im April 2020 folgte die Insolvenz in Eigenverwaltung. Dank eines neuen Investors aus den Niederlanden konnte das Team die Arbeit inzwischen wieder aufnehmen. Wir sprachen mit Marc Treude, dem Betriebsratsvorsitzenden des Unternehmens.



Marc Treude, Betriebsratsvorsitzender, sieht den Bedarf einer echten ökologischen und nachhaltigen Verkehrswende

Herr Treude, die vergangenen Wochen waren sicher nervenaufreibend. Nun ist die Rettung des Unternehmens geglückt. Wie ist die Stimmung bei den Kolleginnen und Kollegen?

Es war insbesondere für die Belegschaft eine sehr harte Zeit. Man wusste nie genau, ob es weitergehen wird. Das hat für Verunsicherung gesorgt, und wie zu erwarten war, sind leider nicht alle an Bord geblieben. Für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen ist es natürlich eine positive Botschaft. Wir hoffen, dass es bald wieder los geht. Die Kurz-

arbeit bringt ja auch enorme Einkommensverluste für das Team mit sich. Wobei wir per Betriebsvereinbarung eine gute Regelung für Aufstockungen seitens des Unternehmens erreicht haben.

Warum ist es so schwer, in dem boomenden Markt der Elektromobilität ein neues Unternehmen erfolgreich zu platzieren?

Ich denke, dass es immer noch eine gewisse Unsicherheit gibt bezüglich der Langstreckentauglichkeit und der Lade-Infrastruktur. Die schwindet nur langsam. Die Verkaufszahlen von Elektroautos steigen zwar, aber auf einem überschaubaren Niveau. Unser Produkt ist ein tolles Auto, dass von einer Fan-Community euphorisch angenommen wurde. Wir hoffen, dass wir bald einen Verkauf in größerem Umfang beginnen können, dass es nach Corona und Insolvenz endlich weitergehen kann.

Was erwarten Sie von der Politik, damit das Unternehmen und seine Beschäftigten eine Perspektive haben?

Wir haben uns Anfang August an alle Ebenen der Politik gewandt, um auf unsere prekäre Lage aufmerksam zu machen. Zu diesem Zeitpunkt war noch völlig unklar, ob die Insolvenz überwunden werden kann. Leider ist aber im Laufe der Verhandlungen klar geworden, dass alle Corona-Hilfspakete der Bundesregierung für uns nicht zum Tragen kommen. Im schlimmsten Fall wären wir nicht zu retten gewesen. Dies sollten solche Programme aber doch gerade verhindern helfen.

Was hätten Sie sich stattdessen gewünscht?

Die Politik müsste aus unserer Sicht zuallererst formulieren, wie die Mobilität der Zukunft aussehen soll, und dann auch konsequent danach handeln. Der Klimawandel gibt das Tempo vor, das müsste allen klar sein. Gezielte Investitionen und Förderprogramme zum Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in der gesamten Mobilitätswirtschaft werden gebraucht. Wir dürfen keine Debatte führen nach dem Motto: Hauptsache Arbeitsplätze erhalten. Es muss deutlich gesagt werden, wo neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Es muss Programme geben für Aus- und Weiterbildung. Ich habe selbst eine Umschulung hinter mir, das war kein Zuckerschlecken. Das geht besser!

Unsere Initiative für Elektromobilität made in NRW:

„Arbeit und Fortschritt durch das Elektromobilitätscluster Aachen/Düren“ [Drucksache 17/11679]

Das Beispiel des Elektromobilitätsclusters in Aachen/Düren zeigt, dass es der Förderung regionaler Cluster durch Politik und Sozialpartner bedarf, wenn Zukunftschancen für die NRW-Wirtschaft nicht vertan werden sollen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, einen regionalen Transformationsfonds einzurichten, der die Arbeit u. a. des Clustermanagements unterstützt.

Unser Masterplan gegen Rechtsextremismus für NRW

In 2019 führten die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen 5.240 Ermittlungsverfahren aufgrund von politisch rechts motivierten Straftaten durch. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Für das gleiche Jahr identifizierte der Verfassungsschutz in NRW rund 4.075 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und rund 3.200 Reichsbürgerinnen und Reichsbürger – die Zahlen steigen seit 2010 und haben 2019 ihren Höchststand erreicht. Das zeigt: Rassismus und rechte Straftaten sind ein landesweites Problem.

Die SPD muss im NRW-Landtag die starke Stimme gegen Rechtsextremismus und Rassismus sein. Nachdem in Hanau zehn Menschen einem rechts-extremen Attentäter zum Opfer fielen, haben wir klar gemacht: Jetzt muss dringend gehandelt werden und es braucht eine Gesamtstrategie. Daher haben wir im Februar einen Masterplan gegen Rechtsextremismus mit insgesamt 55 Maßnahmen aus den Bereichen Inneres, Hauptausschuss, Kinder, Bildung und Jugend, Wissenschaft, Justiz und Integration sowie aus Querschnittsbereichen vorgestellt.

Im Interesse einer besseren Transparenz und Analyse muss der Verfassungsschutz in NRW die Beobachtung von Rechtsextremen verstärken. Außerdem brauchen wir ein Lagebild zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung, das Jahr für Jahr darüber Auskunft gibt, inwieweit Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung und Religion Opfer von Gewalttaten, rassistischen Angriffen und Unterdrückung werden.

Selbstverständlich darf die Strafverfolgung ebenso wenig zu kurz kommen wie der Opferschutz: Wir wollen Opfern von Rassismus und Diskriminierung eine Anlaufstelle bieten. Bei einer einzurichtenden Stelle beim Landeskriminalamt sollen extremistische Vorfälle zentral gemeldet werden können – nicht nur polizeiintern, sondern auch von Menschen außerhalb der Sicherheitsbehörden. Zudem müssen die Zentralstelle Terrorismusbekämpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf um die Zuständigkeit für Ermittlungen gegen rechts-extreme Täterinnen und Täter ergänzt und offene Haftbefehle gegen Rechtsextreme konsequent und zeitnah vollstreckt werden.

Politische Bildung und Prävention sind das A und O zur Vermeidung rechtsextremer Einstellungen. Um diesen vorzubeugen, müssen die Landeszentrale für politische Bildung und die Forschung zum Thema gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden. Wir wollen die Prävention und Deradikalisierung stärken und Aussteigerprogramme ausbauen. Außerdem muss die Landesregierung den Unterwanderungsversuchen von Rechts-extremen in der Jugendarbeit und in der frühkindlichen Bildung entschieden entgegenwirken. Auch in den Institutionen und Behörden bieten sich zahlreiche Möglichkeiten im Kampf gegen Rechtsextremismus. So soll die Landesregierung eine Antidiskriminierungsstelle des Landes einrichten, denn: Rassismus, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus müssen stärker zusammengedacht werden. Und sie muss die interkulturelle

Öffnung des öffentlichen Dienstes wieder aufnehmen, damit die gesellschaftliche Vielfalt abgebildet wird. Es bedarf darüber hinaus einer umfassenden unabhängigen wissenschaftlichen Studie, um den Umfang und das Ausmaß rechtsextremistischer Gedankenguts bei der Polizei aufzudecken.

Um rechtsradikale Aufmärsche an Gedenktagen für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verhindern zu können, haben wir im Plenum im November ein eigenes Versammlungsgesetz für NRW gefordert. Darüber beraten im nächsten Schritt Innen- und Hauptausschuss. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene zu unterstützen. Wir arbeiten weiterhin an der Umsetzung dieser und weiterer vorgeschlagener Maßnahmen – und werden unseren Masterplan auch in Zukunft mit neuen Ideen aktualisieren. Denn klar ist bereits jetzt: Im Kampf gegen Rechtsextremismus stellen sich immer wieder neue Herausforderungen.

Unsere Initiative zum Nachlesen:

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in NRW brauchen wir einen umfassenden Masterplan, der ressortübergreifend ist und das Problem ganzheitlich angeht. Unser Vorschlag an die Landesregierung umfasst 55 Maßnahmen.

[Drucksache 17/8778]

NRW braucht einen Impf-Fahrplan

Impfungen zählen zu den wichtigsten und wirksamsten Maßnahmen, um Infektionskrankheiten einzudämmen und deren Ausbreitung zu verhindern.

Inzwischen ist klar: Die Zulassung eines Impfstoffs gegen SARS-CoV-2 rückt näher. Das Bundesgesundheitsministerium hat bereits eine nationale Impfstrategie vorgelegt. Daraufhin haben wir die Landesregierung Nordrhein-Westfalens im November dazu aufgefordert, nachzulegen. Die Bekämpfung einer Pandemie erfordert eine vorausschauende Planung. Daher muss die Landesregierung die Zeit nutzen, um die bundesweite Impfstrategie in einen Fahrplan für Nordrhein-Westfalen zu übertragen. Nur so können wir für unser Bundesland sicherstellen, dass die Impfungen zeitnah und durchdacht durchgeführt werden, sobald ein geeigneter Impfstoff zur Verfügung steht.

Wir haben daher im Plenum gefordert, dass die Landesregierung schnellstens ein NRW-Impfkonzept ausarbeiten und Standorte für die zentralen Impfstellen festlegen soll. Es bedarf darüber hinaus eines Personalkonzepts für die mobilen Impfteams und geeigneter Lagerkapazitäten für den Impfstoff, die in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden müssen. Unsere Forderungen, die wir im Plenum vorgestellt haben, beinhalteten auch die Bereitstellung entsprechender Positionen im Landeshaushalt für die Finanzierung des Impfbereichs. Bei diesem Thema sind zudem Expertinnen und Experten gefragt: Ein Gremium aus Medizinerinnen und Medizinern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Krankenkassen sollte sich mit der Logistik der Impfdosen befassen. Und nicht zu vergessen die Betriebs- und Werksärztinnen und -ärzte, die einen wichtigen Beitrag zum Impfkonzept leisten können. [Drucksache 17/11675]

Unser Antrag „Eine vorausschauende Planung ist unerlässlich in Pandemiezeiten – Die Landesregierung muss jetzt ein Impfkonzept für SARS-CoV-2 vorlegen!“

Die Bundesländer tragen die Verantwortung für die Einrichtung zentraler Impfstellen, die Lagerung des Impfstoffs und die Logistik vor Ort. Wie diese Herausforderung in NRW bewältigt werden kann, haben wir in unserem Antrag skizziert.

[Drucksache 17/11675]

IMPRESSUM

Herausgeber

SPD-Fraktion im Landtag NRW
V.i.S.d.P. Sarah Philipp MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Verantwortlicher Redakteur

Marcel Atoui
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Bezugsadresse

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle, Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

SPD-Fraktion@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de
twitter.com/spd_fraktion_nw
facebook.com/spdfraktionnrw

Druckerei

oeding print GmbH
Erzberg 45, 38126 Braunschweig

Gestaltung

V-FORMATION – Agentur für
visuelle Kommunikation GmbH

Bildnachweise

Seite 2, 3, 4, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 28, 29, 30, 32 (SPD-Fraktion)
Die weiteren Bilder wurden uns aus privatem Bestand für den Abdruck in dieser Ausgabe zur Verfügung gestellt.

Unser Druckdienstleister ist EMAS-umweltzertifiziert, klimaneutral und druckt nach den hohen Standards des Blauen Engel DE-UZ195. Die Farben sind mineralölfrei, basieren auf nachwachsenden Rohstoffen und sind vegan. Gedruckt wird auf zertifizierten Papieren aus nachhaltiger Waldwirtschaft mit 100 % Ökostrom aus Deutschland.

Alle Rechte vorbehalten. Eine Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck (auch auszugsweise) der Texte und Bilder, auch für innerbetrieblichen Gebrauch, ist nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der SPD-Fraktion im Landtag NRW gestattet.

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: Dezember 2020

NRW
DIE FRAKTION

SPD